

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 A, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 210.

Montag, den 9. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Lage in Finnland.

Am 2. September ist, wie schon kurz gemeldet, in Helsingfors der neue finnische Reichstag zur 2. Sitzungsperiode zusammengetreten.

Finnlands Verhältnisse haben etwas Zweipähtiges — auf der einen Seite das demokratische Wahlrecht, das selbst den Frauen volle Gleichberechtigung gewährt, die starke sozialdemokratische Vertretung im Parlament, auf der anderen der russische Generalgouverneur, die drohende russische Konterrevolution. Trotz seiner sonst so demokratischen Verfassung hat das Land keine parlamentarische Regierung. Der Senat, von der Regierung in St. Petersburg aus der Zahl finnischer Bürger ernannt, ist nur dem Kaiser verantwortlich.

Eng mit Rußland verbunden, empfindet Finnland das Auf und Ab der politischen Zustände in Rußland an seinen eigenen inneren Verhältnissen. Je mächtiger die Reaktion in St. Petersburg das Haupt erhebt, umso mehr ist auch die Freiheit Finnlands bedroht.

In der Situation muß die Sozialdemokratie Finnlands ihren Kampf führen. Sie hat dem Reichstag mehrere wichtige Entwürfe unterbreitet, die sicherlich erbitterte Debatten hervorrufen werden. So z. B. die Vorlage über den Zwang zur Bodenbebauung.

In Finnland gibt es noch sehr viel unbebautes Land, aber auch viel landlose Landarbeiter. Die Sozialdemokratie will es durchsetzen, daß ackerfähiger Boden in Kultur genommen werden soll. Nun die Privatbesitzer oder der Staat das nicht selber, soll ein jeder, der willens ist, Ackerbau zu treiben, das gesetzliche Recht haben, ihn in Anbau zu nehmen, und zwar zu Pachtbedingungen, die von dazu durch allgemeine Wahlen eingesetzte kommunale Behörden festgesetzt werden sollen.

Die Landfrage ist in Finnland sehr brennend, da es Hunderttausende von Zwergpächtern gibt, die von den Bodenbesitzern schonungslos ausgebeutet werden. Außerdem befinden sich die auf 8—900 000 geschätzten Landarbeiter in einer trostlosen Lage.

Nicht wenig Kampf wird auch die Abschaffung der total veralteten Gesindeordnung erheischen, unter welcher alle obengenannten Arbeitermassen leiden. Die Sozialdemokratie verlangt die Aupferkraftsetzung dieser Gesetze und die Unterstellung aller Arbeiter unter gleiche Gesetze.

Eine nationale Eigentümlichkeit des finnischen Volkes ist eine starke Abstinenzbewegung, die sehr breite Volksmassen ergriffen hat. Alle Parteien hatten in ihren Wahlprogrammen die Schaffung eines Alkoholverbotsgesetzes, d. h. es soll gesehlich verboten werden, im Lande Alkohol zu erzeugen, in Handel zu bringen oder einzuführen, es sei denn zu technischen oder medizinischen Zwecken. Etwa 170 Abgeordnete von 200 haben sich für das Alkoholverbotsgesetz ausgesprochen.

Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten sind insgesamt für das Verbotsgesetz.

Eine andere Frage, die das ganze Volk lebhaft interessiert, ist die Beikneuer zur Unterhaltung des russischen Militärs — 10 Millionen Mark jährlich.

Laut finnischer Grundgesetze ist die Regierung verpflichtet, in Finnland sogenannte finnische Bataillone zu unterhalten, die finnisch kommandiert und von finnischen Offizieren befehligt werden sollen, sonst aber unter russischer Oberleitung stehen. Nur in diesen Bataillonen sind die Finnen verpflichtet, ihrer Militärpflicht nachzukommen. Als der damalige Generalgouverneur Bobrikow Ende der neunziger Jahre die Konstitution mit Füßen trat, verlangte er zugleich auch, daß die Finnen in Rußland und unter russischem Kommando ihren Militärdienst leisten sollten. Die finnischen Rekruten stellten sich jedoch nicht; Bobrikows Macht fand unübersteiglichen Widerstand. Als die Verfassung infolge der Oktoberrevolution 1905 wieder eingeführt wurde, traf die russische Regierung mit dem damaligen Senat die zeitweilige Abmachung, daß Finnland vorläufig seine Militärpflicht mit 10 Millionen Mark jährlich ablösen sollte. Die oppositionellen Parteien sind aber entschieden dagegen.

Die Entscheidung dieser Frage wird mit Recht als der Probierstein der Volksvertretung angesehen. Andere wichtige Gesetze, die unsere Genossen zu vertreten und zu verteidigen haben, betreffen die Erweiterung der Konstitution und der Volksrechte. Diese Entwürfe enthalten die folgenden Forderungen: Die Rechte der Volksvertretung sollen erweitert werden, damit sie eine selbständige gesetzgebende Institution werde. Der Senat soll der Majorität der Volksvertretung angehören und ihr verantwortlich sein.

Das Wahlrecht soll allen 21 Jahre alten Einwohnern verliehen werden. (Jetzt ist das Wahlalter 24 Jahre.) Die Abstimmung in der Volksvertretung soll eine offene

sein. (Sonst kann es passieren, daß die bürgerlichen Parteien sich öffentlich für irgend eine Forderung erklären, in der geheimen Abstimmung jedoch dagegen stimmen, wie es im alten Ständetag bereits bei Alkoholeinschränkungs-gesetzen geschehen ist.)

Die Rede-, Presse- und Koalitionsfreiheiten sollen für unangestastet erklärt werden.

Für die Kommunalwahlen sollen alle 20 Jahre alten Einwohner beiderlei Geschlechts das allgemeine, gleiche und direkte aktive und passive Wahlrecht erhalten.

Während das Volk sich nach der Bobrikowschen Herrschaft und der ihr folgenden Revolution einem natürlichen Ruhebedürfnis hingibt — in der vertrauensvollen Erwartung, daß die Volksvertretung jetzt das Ihrige tun wird, rüstet sich die Regierung zur Reaktion, und nicht allein die russische in Petersburg, sondern auch die finnische in Helsingfors.

Um den russischen Emigranten den Aufenthalt in Finnland unmöglich zu machen, sind die Passverordnungen von Zeit zu Zeit immer engherziger gestaltet worden. Gegenwärtig residiert die Helsingforser Polizei die Pässe mindestens so sorgfältig wie ihre Kollegin an der Newa. Man verlangt von den Einwohnern die schriftliche Beantwortung von allerlei Fragen; unter anderen auch, zu welcher Kirchengemeinde man gehört. Soweit hat sich selbst die russische Polizei noch nicht verstiegen! Die aus Esthland nach Finnland emigrierten und ausgewiesenen esthnischen Arbeiter haben unter dieser Paskontrolle besonders zu leiden. Einige hat die Polizei bereits Rußlands Gefängnissen ausgeliefert, einen sogar zum Selbstmord getrieben!

Die Polizei, die nach der Oktoberrevolution eine demokratische Ordnungsinstitution war, ist jetzt zu einem Unterdrückungsinstrument des Kapitalismus geworden.

Über die Koalitionsfreiheit belehrt die Landesregierung die Polizei und die Bevölkerung, daß dieses Recht in Finnland nur den finnischen Bürgern zukommt. Versammlungen und Vereinigungen, an denen sich Fremde beteiligen, sind als nicht erlaubt zu betrachten und aufzulösen. Daraufhin wurde in Helsingfors auch ein Verein russischer Arbeiter verboten. Anscheinend versucht die Regierung, auf diese Weise den Kapitalisten eine widerstandsunfähige Arbeiterschaft zu schaffen, die — des Rechts der Organisation und der Koalition beraubt — sich wehrlos ausbeuten lassen muß.

Dem Geiste der Regierungen in Petersburg und in Helsingfors folgend, reichte die Verwaltung der finnischen Staatsbahnen beim Senat das Gesuch ein, die Regierung möchte die Gewerkschaft der Eisenbahner verbieten und auflösen, wie sie vor einem Jahre die Rote Garde aufgelöst hat. Die Entscheidung steht noch aus. Es werden gegenwärtig im ganzen Lande Protestversammlungen abgehalten. Man sieht in diesen Bestrebungen den Anfang planmäßiger Versuche, die Arbeiterbewegung zu erdroffen.

Als der Generalgouverneur v. Gerard Anfang Juli auf zwei Monate Urlaub bekam und der General v. Bockmann, der als der erfolgreiche Pazifikator Kurlands blutbedudelt nach Finnland kam, sein Stellvertreter wurde, hieß es, daß Gerard nicht mehr zurückkäme, und daß v. Bockmann als Bobrikow II. die Reaktion hier schärfer einleiten werde. Die mächtigen Organe der „wahrhaft russischen Leute“ verlangen das unablässig! Nun heißt es jedoch, daß Gerard doch zurückkehrt, aber mit bestimmten scharfen Anweisungen, namentlich gegen die Volksvertretung. Jedenfalls wird man sie gezwungen zu machen suchen. Bockmann hat seine Macht nur dazu ausgenutzt, um aus Rußland für die finnischen Kapitalisten — Streikbrecher zu verschreiben! Außerdem beendete er soeben in der Nähe Helsingfors ein Truppenmanöver, das in Helsingfors selbst den Schlupfakt fand, um den Finnen russische Gewehre, Kosaken und Kanonen zu zeigen und ihnen Furcht einzujagen. — Inbesverlie das Kriegsspiel recht jammervoll und endete in der Sucht von Helsingfors mit der Kollision zweier aus dem ostasiatischen Kriege übriggebliebenen Kriegsschiffe.

Die Lage in Finnland ist also nicht sicherer als in Rußland. Die finnische Bourgeoisie will es aber nicht einsehen, daß nur die siegreiche Revolution in Rußland auch Finnlands Sicherheit garantieren kann; sie glaubt am klügsten zu tun, wenn sie den Forderungen Stolppins nach Möglichkeit entgegenkommt und ihre Angelegenheiten nach den Wünschen von Petersburg zu ordnen sucht. Sie wird es bitter zu bereuen haben.

## Politische Kundschau.

Deutschland.

Die Sichtigen der Volksverräter.

Um sich bei ihren Vereinbarungen über den volksverräterischen Kuhhandel in Sachen des preussischen Wahl-

rechts der Kontrolle zu entziehen, wird der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei bekanntlich hinter verschlossenen Türen verhandeln!

Dafür sollen dann die freisinnigen Wähler durch allerlei Festam tam entschädigt werden.

Die Festlegung der politischen Taktik erfolgt im Konklave, akkurat wie bei einer Papstwahl!

Und das, obgleich diesmal die denkbar wichtigsten Entscheidungen fallen müssen, obgleich es sich um das Wahlrecht für Preußen handelt! Das nennt sich dann freisinnige „Volkspartei“!

Das liberale „Stimmvieh“ wird dafür mit einer langen Reihe von Festveranstaltungen abgefüttert. Das Programm dazu lautet:

1. Donnerstag, den 12. September, abends 9 Uhr: Begrüßung der Delegierten im großen Konzertsaal der Philharmonie, Bernburgerstr. 22/23.

2. Freitag, den 13. September, abends 8 Uhr: Festkommers im großen Konzertsaal der Philharmonie. Zu diesen beiden Veranstaltungen sind Einladungskarten in beschränkter Anzahl für die Vereinsmitglieder zu haben. (Selbst hieran dürfen also nur die Bevorzugten teilnehmen!)

4. Sonntag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr: Festmahl im Hauptrestaurant der großen Berliner Kunstausstellung, Eingang Straße Alt-Moabit, gegenüber der Lüneburgerstraße. Der Preis für das Kupert ohne Wein beträgt 6 Mark pro Person.

5. Montag, den 16. September, vormittags: Gemeinsamer Ausflug mit Damen nach Potsdam. Nähere Angaben werden noch veröffentlicht.

Für den gemeinsamen Theaterbesuch der Delegierten stellen wir für Sonnabend, den 14. September, Billets zu ermäßigten Preisen für folgende Theater zur Verfügung: Thalia-Theater, Parkett-Hauteuil 2 Mk. (Sechshör-Dunkel). Lustspielhaus, Parkett-Hauteuil 2 Mk. (Sulzarenfieber). Komische Oper, Parkett-Hauteuil und erster Rang 3 Mk. (Hoffmanns Erzählungen). Billets sind zu haben im Bureau des Lokalkomitees, Zimmerstr. 8.

All diese erlesenen Genüsse sind nur für Leute mit gepicktem Portemonnaie. Das minderbegüterte freisinnige Publikum darf vor dem Portal die Finger danach lecken.

Aber ein Genuß ist doch auch den Allzuvielen vorbehalten.

Es heißt in dem Prospekt nämlich:

3. Sonntag, den 15. September, mittags 12 Uhr: Große freisinnige Volksversammlung im Zirkus Busch.

Die Eröffnung erfolgt Punkt 12 Uhr. Es ist dringend erforderlich, daß die Teilnehmer bereits um 11½ Uhr zur Stelle sind.

Ob in dieser freisinnigen Volksversammlung wenigstens den eigenen Parteimitgliedern freie Diskussion zugestanden wird? Ob dort also Herr Traeger seine Ansichten vertreten darf? Und ob die Hirsch-Dunkerschen Arbeiter dort mit den „alten Weibern“ und „fatten Gesellen“ ein kräftiges Wörtlein sprechen werden?

Es scheint freilich, als ob man auch diese „Volksversammlung“ im Stile der Zentrumsparaden gestalten wolle. Heißt es doch in dem offiziellen Zirkular:

„Diese Versammlung soll eine machtvolle Kundgebung des freisinnigen Bürgertums werden. Die Führer der freisinnigen Volkspartei im Reichstage, im preussischen Abgeordnetenhaus und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die Referate übernommen. Wir richten daher an unsere verehrten Mitglieder und Freunde das dringende Ersuchen, an dieser Versammlung unbedingt nicht nur selbst teilzunehmen, sondern auch Parteigenossen mitzubringen. Es ist eine Ehrenpflicht der Parteifreunde aus Groß-Berlin, dafür zu sorgen, daß diese Kundgebung, der die parlamentarischen Vertreter der Partei und sämtliche Delegierte des Parteitages beizumohnen werden, kräftiges Zeugnis ablegt von der Verbreitung freisinniger Ideen in der Reichshauptstadt.“

An Referenten ist also wirklich kein Mangel! Wie in einem Variete werden der Versammlung die renommiertesten Spezialitäten in bunter Reihe vorgeführt werden!

Aber ob die Wähler selbst zum Worte kommen werden?

Wir werden es ja erleben!

„Liberale Pflicht.“

Unter diesem Titel hat, wie das „Berl. Tageblatt“ berichtet, Pastor Richard Schmidt in Masson, den das „Berl. Tageblatt“ als erprobten „Borkämpfer des liberalen Gedankens“ vorstellt, eine „Flugschrift“ erscheinen lassen, in welcher er den freisinnigen Blockenthusiasten,



einige unangenehme Wahrheiten sagt. Er schreibt unter anderem:

„Meine geehrten Herren! Sie sind nicht dazu in den Reichstag gewählt worden, damit Sie dem Reichskanzler, der schon an und für sich die Salonherzen die schwierigsten Fragen erledigt, das Leben leicht machen. Sie sind nicht dazu da, daß Sie einer konservativen Regierung von einer Seite in die andere leicht hinüberhefen. Wir Liberalen im Lande haben das Vertrauen zu Ihnen, daß sich die Freude an dem hampelmannähnlichen Wilde, genannt konservativ-liberale Paarung, bei Ihnen nicht allzusehr festsetzt, so daß Sie sich an das Bild gewöhnen. Wir haben die Zuversicht, daß Sie nun endlich einmal der Regierung unangenehm werden und auch solche Forderungen stellen, deren Erfüllung nur gegen die Stimmen der Konservativen erfolgen kann. Die ganze Paarung ist Unsinn, wenigstens wir dem Zitatensünder den Ruhm nicht neiden wollen, durch seinen Wutwut ein Kunststück vollbracht zu haben, indem er zwei Gegenätze zu einer, wenn auch lächerlichen Einheit zitierte.“

Wenn die „Liberalen im Lande“ alle so dächten, dann würde ja wohl den zaudernden Abgeordneten etwas unfaßlich nachgeholfen werden. Aber das Vertrauen des Herrn Pastors und der ihm gleichgesinnten Liberalen zeigt, daß sie die freijährigen Brenner und Blockbrecher noch immer nicht richtig einschätzen. Aber sie schätzen auch sich selbst nicht richtig ein. Das lehrt eine Darstellung, die Pastor Schmidt von den politischen Verhältnissen auf dem Lande in Hinterpommern gibt. Er sagt darüber:

„Wir dürfen uns nicht dadurch täuschen lassen, daß auf dem flachen Lande konservativ gewählt wird. Diese Täuschung wollen wir den Konservativen überlassen, die sich bei uns in Pommern so gebärden, als gehörten ihnen kraft heiligen Rechtsanspruchs alle Stimmen der ländlichen Wähler, und es für eine grobe Unwahrheit erklären, wenn man sagt, es gebe in den Dörfern viele liberale Leute. Ich behaupte: Die Landbewohner sind fünf Jahre hindurch liberal gesinnt und dann einen Tag konservativ. Sie haben eben der verschämten und zugleich handfesten konservativen Agitation nicht stand, weil sie sich selbst noch nicht klar sind über das, was sie wollen. Sie werden über ihre politische liberale Gesinnung durch die konservativen hinweggerauscht, indem letztere sich den Anchein geben, als wären sie allein die Religiösen, sie allein die Nationalen, sie allein die Freunde der Landwirtschaft.“

Schmidt empfiehlt deshalb für die Agitation auf dem Lande, klar auszusprechen, daß die Konservativen um ihrer eigenen größeren Freiheit willen reaktionär sind, weil sie die Freiheiten und Rechte nur für sich, nicht für die breite Masse des Volkes wollen. Das letztere ist unzweifelhaft richtig, und es liegt auch mehr als ein Strich Wahrheit darin, daß die Landbewohner, obwohl sie konservativ wählen, nicht konservativ sind. Um sie aus den Klauen der Konservativen zu reißen, muß man sich um sie kümmern, ihnen näher zu kommen suchen, und zwar nicht nur kurz vor den Wahlen, sondern unangefochten mit ihnen in Verkehr zu treten suchen. Das hat die Sozialdemokratie getan, wo sie konnte; sie hat dabei jedoch ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, deren Überwindung den Liberalen viel leichter wäre als uns, weil jene schon jetzt überall auf dem Lande persönlichen Anhalt haben, den wir erst mit schweren Mühen in der gebrechlichsten Klasse auf dem Lande anschaufen müssen. In der Tat hätte der Liberalismus hierin viel mehr tun und den Konservativen auf dem Lande erheblichen Abbruch tun können. Das erfordert aber zähe, ausdauernde Aufklärungsarbeit, die nur eine Partei zu leisten vermag, die noch politische Ideale hat. Diese sind aber dem deutschen Liberalismus längst abhanden gekommen, und die wenigen jüngeren Elemente, die es mit dem Liberalismus ernst meinen, fallen nicht sehr ins Gewicht. Wer es aber selbst mit seinen politischen Grundbegriffen nicht sonderlich ernst nimmt, wer selbst nur mit Unterbrechungen daran zu denken vermag, daß seine Grundbegriffe praktisch verwirklicht werden könnten, wie es die frühmorgigen „Staatsmänner“ und „Ritter vom Himmelstuh“ tun, der kann nicht große Verwirklichungserwartungen für diese Grundbegriffe hegen und sie nicht machen gegen konservativen Einflüsse.

Der Ruf zur Einheit wird deshalb auch wohl ohne sonderliche Wirkung verhallen.

### Liberaler Arbeitgeberpartei und sozialdemokratische Arbeiterpartei!

Die Frankfurter Zeitung geht nicht nur auf dem Blatte, die uns die „Landwirtsch.“, „sozialpolitischen“ Gewerkschaften gegen die „konservativen“ „Landwirtsch.“ Politiker durch die Sozialdemokratie ausgesprochen haben. Der Sieg der Gewerkschaften werde, so vertritt die Frankfurter „Landwirtsch.“-Blatt immer wieder zur Gründung der Sozialdemokratie, zu ihrer Fortbildung zu einer demokratischen Arbeiterpartei führen.

So ging das Jahre hindurch. Aber die Jahre sind immerhin kaum und andere Jahre sind für die weitestgehenden Politiker gegen die anhängeligen Gewerkschaften an.

Was in einer letzten Wahlerversammlung ein Unternehmen, der die räumliche Veranschaulichung unerschwerend angeschlossen hat, aus der Partei ausgeschlossen werden soll, ist die „Frankf. Ztg.“ unglücklich der Lande gemessen, daß nicht die arbeitslosen Arbeiter, sondern die sozialpolitischen Gewerkschaften die gesamte Arbeit für die sozialdemokratische Partei bekommen. Sie schreiben:

Der Sozialdemokratie gehen eine ziemliche Anzahl kleiner Arbeiterparteien aus ihnen aus der Ausschließung Danden geben, und wobei Arbeitgeber mit in mehr oder weniger zu ziehen. Aber kein Tag so ganz das sozialdemokratische Wort, weil der Sozialdemokratie, daß sie oft und mehr nur bloße Arbeiterpartei sind. Sie haben nur Arbeiterpartei werden, so lange in die politische Elemente über die gesamte sozialdemokratische Dominanz: sie wurde es nicht, weil sie ihre Elemente nicht mehr durch abstrahieren. Es ist aber klar, daß die Gewerkschaften im der Sozialdemokratie die Führung bekommen, kann es gar nicht mehr anders sein als die

Interessen der industriellen Arbeiterschaft mehr und mehr zu ihren alleinigen zu machen... Die Sozialdemokratie wird eine bloße Arbeiterpartei. Daraus ergibt sich, welche große Aufgabe der Liberalismus, den die Sozialdemokratie ablösen wollte, behalten hat.“

Es ist wirklich schwer, es den demokratischen Sozialphilosophen recht zu machen!

Der Liberalismus soll nun also alle Arbeitgeber gegen die zur „bloßen Arbeiterpartei“ gewordene, gewerkschaftlich beherrschte Arbeiterpartei sammeln!

Wir wünschen dem Liberalismus viel Glück dazu. Um so leichter wird es der Sozialdemokratie sein, die Arbeiter ihren Reihen einzugliedern!

### Des Reichskanzlers allergehensste Opposition.

Reichstagsabgeordneter Payer, von der Deutschen Volkspartei, ist in Nordern eingetroffen, hatte eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler und war darauf, zusammen mit dem Abg. Schmidt-Elsfeld, Tischgast des Fürsten und der Fürstin Bülow. — Wir zweifeln nicht, daß Bülow seine Gäste schon gehörig einspeisen wird.

### Eine internationale Ausstellung

für Unfallversicherung, Gewerbehygiene und Arbeiterwohlstand wurde am gestrigen Sonntag in Budapest eröffnet. Die Mehrzahl der europäischen Staaten sind an dieser Ausstellung beteiligt, den größten Raum nimmt die deutsche Abteilung ein, in der das Reichsversicherungsamt, die Berufsgenossenschaften usw. vertreten sind. Der Vollständigkeit halber hätte man das in Deutschland beliebte System der Rentenversicherung, der Vertrauensärzte zc. gleichfalls bildlich zur Darstellung bringen müssen, damit die fremden Staaten sehen, wie es mit der so sehr gepriesenen Arbeiterfürsorge in Deutschland in der Praxis bestellt ist.

### Das Plenum der Friedenskonferenz

nahm den Entwurf, betreffend Eröffnung der Feindseligkeiten und den Entwurf über die Rechte und Pflichten der neutralen Staaten zu Lande an und verwies den Entwurf, betreffend die Behandlung neutraler Personen im Gebiete der Kriegführenden, der von dem deutschen Delegierten, Herrn v. Marischall, bekämpft wurde, auf Antrag des letzteren mit allen gegen drei Stimmen auf die Landkriegskommission zurück.

### Die Scharfmacher und der Essener Parteitag.

Die Herren vom Schleißein sind mächtig darüber erbost, daß der diesjährige Parteitag inmitten des Herrscherreiches der rheinischen Großindustriellen stattfindet. Zu wiederholten Malen haben sie schon ihrem Unmut Ausdruck verliehen und, wie bekannt, auf Pläne gesonnen, die Tagung zu hintertreiben. Jetzt sehen sie jedenfalls ein, daß alle Treibereien erfolglos bleiben und so suchen sie ihren Jörn in Drohungen zu erschöpfen. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt in ihrer neuesten Nummer:

„Wie man sieht, so wird man ernten! Und wer Wind sät, wird Sturm ernten! Solcher Sätzen liegt die sozialdemokratische Partei mit nie ermüdendem Eifer ob. Schon beschäftigt man sich, nachdem kaum die große Luwelei“ in Stuttgart (wie die anarchistisch-sozialistische Presse rekrutierter Weise die Weltparade des internationalen Proletariats genannt hat) vorüber ist, mit den Vorbereitungen für den Parteitag, der in diesem Jahre im Zentrum der deutschen Großindustrie, in Essen stattfinden soll, womit natürlich nichts bezweckt ist, als eine Verhöhnung der Arbeitgeber, denen man sagen will, wir setzen uns in euer eigenes Haus, um darüber zu beraten, wie wir es in Brand stecken können!“

Man kann den Jörn der Scharfmacher begreifen, aber ihn leider nicht mildern. Daß die ganze Stadt Essen aber von den Scharfmachern als „eigenes Haus“ bezeichnet wird, zeigt gerade nicht von großer Weisheit. Und was schließlich das „Wind sät und Sturm ernten“ anbelangt, so wird die organisierte Arbeiterschaft sich darüber keine bösen Gedanken machen, denn sie hat schon manden schweren Sturm glücklich und siegreich überstanden. Wenn die Andeutungen des Scharfmacherblattes einen Sinn haben sollen, so kann es doch höchstens der sein, daß das Unternehmertum einen wirtschaftlichen Gemwaltstreich im Schilde führt. Das wäre aber die richtige Methode, auch den Sozialdemokraten schand zu machen.

### Rußland.

**Unerwartete Pogromhelden.** In Odessa kamen die Ausschreitungen der schwarzen Banden fort. Am Donnerstag wurde ein Rädelsführer beim Überfall auf ein jüdisches Haus verhaftet, jedoch nach väterlicher Ermahnung durch den Generalgouverneur wieder freigelassen.

**Der Pogrom in Odesa.** Die Börse ist anlässlich des Pogroms noch geschlossen. Die Regierungen gegen die Juden dauern immer noch an. Die Kaufmannschaft glaubt an den Verhörungen der jetzigen Behörden nicht; sie erwarten die Rückkehr des neuernannten Stadthauptmanns Kowalew, der dieser Tage persönlich von Statybin Intentionen erfährt. Der Verband der echten Russen fährt fort, Schritte gegen die Juden zu verbreiten, in denen zu Maßnahmen angefordert und vorge schlagen wird, die Juden, die Bösen und Böse behalten wollen, sollten sich mit ihren Lehren und Rabbinern in der Synagoge versammeln, hier alle Revolutionen und die jüdische Intelligenz verdrängen, sowie alle Schwärmer für die Gleichberechtigung verjagen und einen Bund der Juden zur unbegrenzten Erhaltung der Selbstherrlichkeit des Jorns bilden. — Die Fortschritt der Judenarbeiten überträgt in der Tat alles höher Pogromworte.

**Die Regierung im Kampf gegen die „sozialdemokratische Gefahr“.** Der Beschluß der sozialdemokratischen Partei, an dem Dummwahlen teilzunehmen, und die unglücklichen Wahlverhältnisse in den Parteiorganisationen haben das Kabinett des Jorns, das mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eine „gezügelt“ Duma zu beschaffen versucht, in rege Unruhe versetzt. Wie Staatsräuber Erörungen berichten, werden gegenwärtig im Ministerium des Innern Anskünfte über die sozialdemokratischen Organisationsen gesammelt, welche sich für

Wahlbeteiligung ausgesprochen haben. Dieses „Anskünfte sammeln“ erscheint verständlich, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Sozialdemokratie schon in der zweiten Duma der Regierung ein Dorn im Auge war. Die Regierung selbst hat dies unvorsichtigerweise anerkannt, indem sie gegen die Fraktion die berüchtigte Verschwörungsanklage erhob, welche sogar von den kadetischen Juristen als ungeschickt zusammengesticktes Machwerk bezeichnet wurde. Während der Vorarbeiten zur Auflösung der zweiten Duma, in der die sozialdemokratische Fraktion allein der Regierung unversöhnlich im Wege stand, suchte die Regierung aus dem Wahlgesetz alles zu entfernen, was der Sozialdemokratie die Möglichkeit bieten konnte, auch in die dritte Duma einzudringen. Es verdient der Beachtung, daß die Regierung bei der Beschränkung des Wahlrechts der Grenzgebiete nach der treffenden Bemerkung des Genossen Mariow hauptsächlich dieses Ziel im Auge hatte. So verliert der Kaukasus, der 10 Sozialdemokraten in die zweite Duma entsandte, 20 Mandate von seinen früheren 29; Zentralasien, das 7 Sozialdemokraten in die Duma wählte, entsendet nun statt 23 Abgeordnete bloß einen einzigen; Sibirien, das 2 sozialdemokratische Vertreter in der Duma hatte und bei den Ergänzungswahlen noch 2 entsendet hätte, büßt nun ein Drittel seiner Mandate ein. Ebenso ergeht es den 4 Gouvernements des Uralgebietes. Bloß in Polen suchte die Regierung durch die Herabsetzung der Abgeordnetenzahl einen anderen politischen Feind als die Sozialdemokratie zu treffen — die nationaldemokratische Partei. Die Wahlentziehung der Arbeiter in Moskau und Kiew verfolgt natürlich denselben Zweck, wie die Entziehung der erstgenannten Grenzgebiete. Der Staatsstreich vom 17. Juni verfolgte den Zweck, das russische Proletariat wiederum in die engen Rahmen der „unterirdischen“ Organisation zu verweisen; doch so leicht wird es der Reaktion nicht, dieses heimtückische Vorhaben auszuführen. Die Sozialdemokratie hat beschlossen, an der Wahlkampagne teilzunehmen. Gegenwärtig gehen die sozialdemokratischen Organisationen mit verdoppelter Energie an die Vorarbeiten für die Wahlen. Wo es nur möglich ist, werden Versammlungen abgehalten, zentrale und Bezirkswahlbüros gegründet, Flugblätter verbreitet und sonstige Mittel ergriffen, um gegen den Indifferentismus in den Arbeiterkreisen anzukämpfen. Und obwohl die Regierung durch „Sammeln neuer Anskünfte“ darauf antwortet, am ev. durch „Erläuterungen“ oder einfach durch Verhaftungen das ohnehin schändlich beschnittene Wahlgesetz zu „verbessern“, dienen die Beschlüsse der Sozialdemokratie, sich an den Wahlen zu beteiligen, und die mit verstärkter Energie betriebenen Vorarbeiten für die Wahlen als Bürge, daß das Proletariat, allen Verfolgungen zum Trotz, auch in der dritten Duma seine Vertreter haben wird, die die mutige Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma fortsetzen werden.

**„Pressfreiheit.“** Am 2. September wurden plötzlich alle jüdischen Zeitungen in Wilna polizeilich geschlossen, darunter die „Volkszeitung“, die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Rußland, die allen Verfolgungen zum Trotz bisher herausgegeben wurde. Jetzt ist sie auch der russischen „Pressfreiheit“ zum Opfer gefallen.

### Frankreich.

**Saures und der Antimilitarismus.** In einer Auslassung über den Stuttgarter Kongreß kritisierte Saures den Antimilitarismus Herzes. Er sei unvereinbar mit der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Völker. Saures forderte die französischen Sozialisten auf, sich zu organisieren und nach den in Stuttgart aufgestellten Grundfragen zu handeln.

### Marokko.

Ein Waffenstillstand von 48 Stunden ist zwischen den Kabulen und dem französischen General Druce auf Veranlassung der ersteren abgeschlossen worden. Wie der „Matin“ aus Casablanca meldet, erteilte General Druce dem mit ihm wegen des Waffenstillstandes verhandelnden Scheik el Maici die Antwort, daß er, ohne sich in seiner Aktionsfreiheit für die Folge binden zu wollen, die Offensive während der nächsten Tage nicht ergreifen werde, wenn die Besprechungen aufrichtig gemeint und geeignet seien, den Feindseligkeiten ein Ende zu machen.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Tanger gemeldet: Mohammed Kafs, der Bruder des Finanzministers, wurde vom Sultan Abdul Aziz nach Tanger gesandt, um die Mächte um militärische Unterstützung gegen Mulen Hafid zu bitten; er ist zu den weitestgehenden Zugeständnissen bevollmächtigt. Ein einflussreicher Reide in der Nähe von Fez bot Mulen Hafid 1000 Reiter an, um den Marsch nach Rabat, Mekinez und Fez zu ermöglichen. Abdul Aziz entsandte den Scherif Wafan zu dem Reide, um ihn umzustimmen.

Nach weiteren vorliegenden Meldungen ist der in Casablanca vereinbarte Waffenstillstand resultatlos abgelaufen.

### Aus Südbek und Nachbargebieten.

Montag, den 9. September.

In sämtlichen Baubranchen ist der Zug nach Siedlung fernzuhalten. Die Kieler Scharfmacherorganisation hat den Arbeitsmarkt im gesamten Bau- und Holzgewerbe gesperrt und bereitet eine Generalausparung vor.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, den 16. Septbr. 1907, vormittags 10 Uhr, im Bürgerchaftssaale des Rathhauses statt.

**Volksschule und Zahnpflege.** Der Vorstand des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege beabsichtigt auf der 9. Jahresversammlung in Darmstadt die Frage der Zahnpflege zur Diskussion zu stellen, vom Standpunkte des Arztes, des Schulmannes und des Verwaltungsbeamten gründlich zu beleuchten und nach allen Seiten hin zu klären. Hierzu sind folgende Vorträge aufgestellt: 1. Die Zahntätigkeit ist die heute verbreitetste Volkskrankheit; sie schädigt die Entwicklung des Kindes, beeinflusst die Schul- und Militärtätigkeit und begünstigt die Infektionskrankheiten. 2. Ihre Bekämpfung ist notwendig und ohne zu große Belastung der Gemeinde möglich. 3. Neben der Aufklärung in der Schule und in den Lehrerbildungsanstalten wird als Endziel die



zahnärztliche Behandlung der Volksschulkinder, die der un-  
 bemittelten auf Kosten der Gemeinde, erstreckt. 4. In großen  
 Städten sind, den Schulärzten koordiniert, Schulzahnärzte  
 im Hauptamt, in kleineren Städten im Nebenamt anzustellen.  
 Landkreise vereinigen sich und besolden den Schulzahnarzt  
 im Hauptamt gemeinsam. 5. Die systematische Behandlung  
 der Volksschulkinder ist nur in der städtischen Schulzahnklinik  
 möglich. 6. Allen Veranstaltungen für Ferienkolonien,  
 Kinderkuren, Rettungsbewachungen, Kleinkinderschulen,  
 Waldschulen, Kettungs-, Erziehungs- und Waisenhäusern  
 kann nicht dringend genug empfohlen werden, nur Kinder  
 mit gesundem Mund aufzunehmen oder doch auf einer so-  
 fortigen Behandlung des kranken Mundes zu bestehen. Auch  
 die Hilfsschule kann ihre Ziele nur durch ein Zusammen-  
 arbeiten mit der Schulzahnklinik völlig erreichen. 7. Die  
 systematisch durchgeführte zahnärztliche Behandlung aller  
 Volksschulkinder ist ein wesentliches Hilfsmittel zur Be-  
 kämpfung der Infektionskrankheiten und zur Verhütung der  
 Tuberkulose. Die rationell betriebene Schulzahnklinik ist  
 deshalb eine zweckmäßige Anstalt, der Tuberkulose vorzu-  
 beugen und sie zu bekämpfen. 8. Der Erfolg der Schul-  
 zahnklinik für das Kind ist sofort, der für die Allgemeinheit  
 in wenigen Jahren nachweisbar.

**Handelsregister.** Am 6. September 1907 ist bei der  
 offenen Handelsgesellschaft unter der Firma H. C. Koch in  
 Lübeck eingetragen: Der persönlich haftende Gesellschafter  
 Kaufmann G. H. G. Görz in Lübeck ist am 2. September  
 1907 aus der Gesellschaft ausgeschieden und am selben Tage  
 der Kaufmann W. H. A. Bong-Schmidt in Lübeck als per-  
 sönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten.

**Wahl.** Von der Gemeindevorstellung in Strecknig  
 ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen  
 Hofpächters Hans Karl Gustav Schütt der Hofpächter Ernst  
 Friedrich Carl Borchert zum Vorsitzenden des Gemeindevor-  
 standes auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren er-  
 wählt worden.

**Zum Unfall des Dampfers „Lübeck“** wird noch gemel-  
 det, daß der Dampfer infolge Grundstoßes leck geworden ist,  
 und nicht leck gesprungen ist. Der Dampfer ist nach dem  
 Grundstoß ohne fremde Hilfe wieder abgekommen, mußte  
 aber, um ein Sinken zu vermeiden, bei Ranneberg, Stawan-  
 ger Höhe, auf Sandboden geleitet werden. Ein Taucher  
 berichtet, daß es unmöglich ist, den Schaden zu konstatieren,  
 da das Schiff schwer auf Grund steht. Der Dampfer hat  
 wahrscheinlich ein bedeutendes Loch im Hinterraum. Für  
 die Besatzung des Dampfers besteht keinerlei Gefahr. Ex-  
 perten der Versicherung und Vertreter der Reederei sind von  
 Bergen nach der Unfallstelle abgereist.

**Ein Schadenfeuer** äscherte in der verfloffenen Nacht  
 gegen 1 Uhr in Wulfsdorf die Scheune des Eigentümers  
 Bollow total ein. Ein Ferkel und eine Mähmaschine  
 verbrannten mit; das übrige lebende und tote Inventar  
 konnte gerettet werden. Die Löschrichtungen scheinen in  
 Wulfsdorf gerade nicht zum besten bestellt zu sein, denn erst  
 eine Stunde nach Ausbruch des Brandes rückte die Spritze  
 heran. Wie es heißt, hat man keinen Spritzenmeister und  
 keine Leute bekommen können. Netze Zustände!

**pb. Festgenommen** wurde ein Schuhmacherlehrling von  
 hier, der am Sonnabend mittag, den 8. d. M., ein vor einer  
 Wirtshaus der Fackelburger Allee stehendes Fahrrad sich  
 rechtswidrig angeeignet hatte.

**Stadthallen-Theater.** Aus dem Theaterbureau schreibt  
 man uns: Für Dienstag ist eine Neueinstudierung des Lust-  
 spiels „Nurere Käte“ von Davies vorgenommen wor-  
 den. Die letzte Woche der diesjährigen Sommerspielzeit  
 bringt noch am Mittwoch die heitere Gefangenspoße von  
 Mannstädt „Der Stabsstrompeter“, Donnerstag das  
 Lustspiel „Im bunten Rock“.

**Wilhelmtheater.** Man schreibt uns: Auch noch die  
 letzte Woche dieser Spielzeit bringt eine interessante Neuein-  
 studierung. Hermann Sudermanns „Schmetterlingssch-  
 lacht“ geht Dienstag in Szene. Mittwoch ist eine  
 Wiederholung der am Sonntag mit so großem Beifall auf-  
 genommenen Doppel-Vorstellung vorgesehen. Die beiden  
 Molièreschen Lustspiele „Der eingebildete Kranke“  
 und „Der Geizige“ werden nochmals in derselben Be-  
 legung aufgeführt.

**r. Schwartau. Parteiversammlung.** In der  
 letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen  
 Vereines wurde, nachdem der Bericht vom Parteitag in  
 Altona entgegengenommen war, der Beschluß gefaßt, am  
 Orte diese Parteibibliothek zu errichten. Es wird  
 durch diesen Beschluß einem seit langer Zeit schon  
 vorhandenen Bedürfnis abgeholfen. In der Diskussion wurde  
 der Meinung Ausdruck verliehen, daß zu diesem den Wissens-  
 drang der Genossen Rechnung tragenden Werke auch die Ge-  
 werkschaften und Arbeitervereine ihr Scherlein beitragen  
 mögen.

**r. Katekan. Parteiversammlung.** Die gestern  
 abend in Witwe Kopp's Lokal stattgefundene Parteiver-  
 sammlung hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu  
 erfreuen. Der hiesige sozialdemokratische Ortsverein ent-  
 wickelt sich sehr gut. Beträgt doch die Mitgliederzahl be-  
 reits 80. Nachdem der erste Punkt, Aufnahme neuer Mit-  
 glieder, erledigt war, erstattete Genosse Zeidler Bericht über  
 die Verhandlungen des Provinzialparteitags in Altona. Die Aus-  
 führungen wurden sehr beifällig aufgenommen. Alsdann  
 forderte der Vorsitzende, Genosse Zietge, die Anwesenden auf,  
 soweit sie noch nicht die Staatsangehörigkeit besitzen, diese zu  
 erwerben. Eine ganze Anzahl Genossen erklärte sich hierzu  
 bereit. Ferner machte der Vorsitzende die Anwesenden darauf  
 aufmerksam, daß zum 1. Oktober eine Agitation für die Presse  
 stattfindet und wird auch von den Katekanern Arbeitern  
 erwartet, daß sie endlich Abonnent derjenigen Zeitung wer-  
 den, welche allein ihre Interessen vertritt, und das ist der  
 „Lübecker Volksbo“. Wir wünschen den Genossen in Ka-  
 tekan zu der Entwicklung ihrer Organisation auch ferner  
 Glück; mögen sie durch zähe Ausdauer in der Agitation be-  
 weisen, daß es ihnen ernst ist, mitzuarbeiten am Befreiungs-  
 werke des Proletariats.

**Schwienkahlen.** Über Leutenot jammern gegen-  
 wärtig die Landwirte, weil es ihnen nicht gelingt, in diesem  
 Jahre Soldaten als Landarbeiter zu erhalten. Die Ernte ist  
 zu weit zurück und die Soldaten befinden sich im Manöver.  
 Von einer Leutenot auf dem Lande kann aber gar keine  
 Rede sein. Mögen die Herren Landwirte den Arbeitern nur  
 eine menschenwürdige Behandlung und eine angemessene Be-  
 zahlung garantieren, dann können sie Leute in Hülle und  
 Fülle bekommen. Für 15 bis 18 Groschen täglich wollen die  
 Arbeiter allerdings nicht mehr von morgens früh bis abends  
 spät ackern. Sie haben erkannt, daß sie als Menschen  
 berechtigt sind, Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein  
 zu erheben.

**Samburg.** Der Hafenbetriebsverein und  
 die Hafenarbeiter. Sonnabend morgen tagte eine  
 Generalversammlung des Hafenbetriebsvereines unter Vorsitz  
 des Reeders Gellert im Börsensaal. Zunächst wurde über  
 die Schlepsschiffahrts-Gesellschaften verhandelt. Die Loh-  
 erhöhung, die den Schiffsmännern und Maschinenisten der Klein-  
 schiffsbetriebe gemacht wurden, sind genehmigt worden. Die  
 bei den Firmen Tiedemann, Raus u. Blohm, Petersen u.  
 Ullers und Schrader u. Wrede angestellten Leute sollen keine  
 Lohnserhöhung erhalten. Dann wurde ein neuer Lohn-  
 tarif festgelegt, über den mit den Schauerleuten  
 verhandelt werden soll. Es soll nur auf Grund dieses neuen  
 Tarifs verhandelt, „berechtigter Wünsche“ sollen aber berück-  
 sichtigt werden. Wann eine solche Verhandlung stattfinden  
 soll, ist noch nicht festgesetzt.

**Wandsbek.** Eine grauenvolle Tat wurde Sonn-  
 abend vormittag hier verübt. Im Hause Bramfelderstr. 87  
 wohnt in der zweiten Etage seit drei Wochen der von Berlin  
 nach Wandsbek verzogene Maurer Hildebrandt. Da  
 der Mann am Orte keine Arbeit erlangen konnte, reiste er  
 vor einigen Tagen nach Lübeck ab, um dort sein Heil zu ver-  
 suchen. Als nun heute ein zwölfjähriges Mädchen die Hilde-  
 brandtsche Wohnung betrat, sagte die Frau: „Mit der  
 kleinen Elli kannst Du nun nicht mehr spielen, die habe ich  
 totgemacht.“ Dabei deutete sie auf die am Fußboden lie-  
 gende Leiche des etwa drei Jahre alten Kindes. Das Mäd-  
 chen alarmierte natürlich sofort die Nachbarn, die sich in die  
 Wohnung begaben und einsehen mußten, daß tatsächlich ein  
 grausiges Verbrechen von einer unfröhlich geistig gestörten Frau  
 begangen war. Die neunundzwanzig Jahre alte Frau  
 Hildebrandt hatte ihrer kleinen Tochter, während sie  
 sie badete, mit einem stumpfen Messer die Kehle total  
 durchgeschnitten. An dem Halse klaffte eine mehrere Zenti-  
 meter breite Wunde, die ersehen ließ, daß die Frau in ganz um-  
 ständlicher, gräßlicher Weise das Kind geschlachtet hatte. Dann  
 hatte sie die Leiche sauber gewaschen und mit einem Hemde  
 bedeckt. Ohne eine Spur von Empfinden oder Reue er-  
 klärte sie, daß ihr es zwar leid getan habe, daß das Kind  
 sich so habe quälen müssen, sie habe dessen Kopf daher auch  
 unter Wasser getaucht, aber sie seien sich einig gewesen,  
 gemeinsam zu sterben; den vierjährigen Sohn werde sie auch  
 noch umbringen. Ihr Mann habe keine Arbeit, sie könne  
 die Miete nicht bezahlen, sie habe nichts zu essen, habe seit  
 drei Tagen nicht schlafen können und wahnsinnig sei sie  
 auch. Es kann als ein wahres Glück bezeichnet  
 werden, daß die Anwohner rechtzeitig benachrichtigt  
 wurden, sonst wäre jedenfalls auch der Knabe der un-  
 glücklichen Mutter zum Opfer gefallen, die nur  
 mit Mühe festgehalten und daran gehindert werden  
 konnte, sich aus dem Fenster zu stürzen. Nach längerer Zeit  
 erschien auch die schnell benachrichtigte Polizei aus der Un-  
 glücksstätte; Polizeikommissar Lipinski leitete die Unter-  
 suchung, die den von uns geschilderten Sachverhalt ergab.  
 Die Frau Hildebrandt, die ungewisselhaft im Wahnsinn ge-  
 handelt hat, gab auf alle Fragen klare Antwort. Ihre Pa-

riere soll sie verbrannt haben, nur der Lauffeind des ermor-  
 deten Kindes lag in einer Schale. Die bedauernswerte  
 Kindesmörderin wurde in Haft genommen; der vierjährige  
 Knabe ist einweilen bei Nachbarn untergebracht worden. —  
 Gegen abend ist die Frau Hildebrandt, welche übrigens  
 mehrmals vergebliche Versuche gemacht hat, sich die linke  
 Pulsader zu öffnen, anscheinend auf Anordnung der Staats-  
 anwaltschaft in das städtische Krankenhaus befördert  
 worden. Die traurige Affäre erregt in der Stadt großes  
 Aufsehen.

**Kiel.** Der Parteitag in Essen beschloß die  
 gestrige Mitgliederversammlung des Sozialdemo-  
 kratischen Vereines für Kiel zum wiederholten  
 Male. Nach einem einleitenden Referat des Genossen  
 Brecoor über die Aufgaben des bevorstehenden Parteita-  
 ges und einer sich anschließenden Debatte, die sich ins-  
 besondere über die von Kiel bereits gestellten Anträge ver-  
 breitete, wurde weiter beschlossen, noch die nachfolgenden  
 Anträge der Genossen Scharfberg bzw. Klüß-Abler einzu-  
 reichen: 1. „Der Parteivorstand möge zu Punkt 7 der Tages-  
 ordnung einen zweiten Berichterstatter bestellen und hierzu  
 einen Vertreter der Abstimmungsbewegung bestimmen.“ 2. „Der  
 Parteitag beschließt bei Beratung des Militäretats sind nur  
 solche Fraktionsmitglieder zu bestimmen, welche die völlige  
 Garantie dafür bieten, daß sie entschiedene Stellung gegen  
 den Militarismus nehmen und im Sinne der Resolution des  
 Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart sprechen.“  
 Bei der Wahl der Delegierten zum Parteitag erhielten:  
 Waade-Dietrichsdorf 120, Behrens-Hohenweide 94, Brecoor-  
 Kiel 265, Bull-Gaarden 129, Buttman-Winterbeck 28 und  
 Engelsmann-Rendsburg 154 Stimmen. Der sich anschließende  
 Bericht der Bildungs-Kommission ergab, daß die  
 seit dem Herbst 1905 eingeführten Unterrichts-Kurse beim Vor-  
 tragszyklen eine Ausgabe von 4189,63 Mk. erforderten. Die  
 Einnahmen betragen insgesamt 4258,40 Mk., doch befinden  
 sich darin 1386,80 Mk. Zuschüsse, die die beteiligten Korporation-  
 en, die Ortsvereine Kiel und Gaarden, sowie das Kiel  
 Gewerkschaftskartell leisten mußten. Für das kommende  
 Winterhalbjahr sind wieder entsprechende Veranstaltungen  
 und Kurse in Aussicht genommen. Weiter wurde über die  
 Vorarbeiten zur Errichtung einer Zentralbibliothek für  
 Kiel Bericht erstattet. Eine Umfrage hat er-  
 geben, daß in Kiel 16 Gewerkschaften Bibliotheken mit ins-  
 gesamt 2690 Bänden besitzen. Das von der Bildungs-Kom-  
 mission ausgearbeitete Organisationsstatut für die Bibliothek  
 wurde en bloc genehmigt. — Zur Aufnahme gelangten 74  
 neue Mitglieder.

**Heiligenhafen.** Entgleisung. Amlich wird mit-  
 geteilt: Bahnhofs Heiligenhafen meldet, daß der Kleinbahn-  
 zug 27 Sonntag zwischen Heiligenhafen und Lütjenbrabe  
 (Kreis Oldenburg Bahn) entgleist ist, Personen aber nicht  
 verletzt sind. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht  
 erhalten. Die Strecke ist inzwischen wieder frei. Die Unter-  
 suchung ist eingeleitet.

**Schwerin.** Mecklenburgische Küsterbesol-  
 dung. In Mecklenburg ist seit 1597 die Befoldung der  
 Küster auf dem Lande in das Lehrgelohd eingerechnet zum  
 großen Schaden der Lehrer. Diese Befoldung ist so mannig-  
 faltig und eigenartig, daß sie schwerlich ihresgleichen findet.  
 In Granzin besteht sie in Roggen, Hafer, Gerste, Erbsen,  
 5 1/2 Kg. Speck, 90 Broten, 90 Würsten, 460 Eiern, 1 1/2 Kg.  
 Wolle, 90 Schafkäse und 5 Krug Schafmilch. Während Brote,  
 Würste, Eier (50—1100) und Korn wohl an allen Orten ge-  
 geben wird, sind die übrigen Gefälle nicht immer dieselben.  
 Man findet außer den genannten auch Schweinstöpfe, Schweins-  
 rücken, Speck, Viehstoh, Grütze, Flach, Buchweizen, Malz  
 und möglicherweise noch anderes. Das Korn hat der Küster  
 im Herbst jeden Jahres aus den Dörfern zusammenzuholen,  
 und zwar auch für den Pastor, der das meiste bekommt.  
 Das übliche Festessen bei den Bauern ist wohl allgemein in  
 Wegfall gekommen und in Geld oder Naturalien umge-  
 wandelt. So erhält stellenweise der Pastor eine Gans, der  
 Küster einen Hahn. Gelegentlich des Einsammelns des  
 „Meßkorns“ hat der Küster auch das „Opfer“ einzufordern.  
 Er geht von Haus zu Haus und kassiert das Geld ein.  
 Natürlich erhält auch hier von wieder der Pastor das weite-  
 ste meiste. Das Einfordern der „Opfer“, das von den  
 Leuten meist als Schornreie aufgefaßt wird, müßte doch  
 endlich verschwinden. Ebenso müßte die Mannigfaltigkeit  
 der Naturalien der Küsterbefoldung bald einer einheitlichen  
 Barbefoldung weichen. Dieser Joseph fordert eine wirkliche ab-  
 geschnitten werden, ohne daß ein Zusammenbruch des Staates  
 zu befürchten wäre. Guter Wille der Behörden würde hier  
 leicht Wandel schaffen, denn die Gemeinden würden keine  
 Schwierigkeiten machen.

Verantwortlich für die Kritik Lübeck und Nachbargebiete  
 und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für  
 den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.  
 Verleger: Th. Schwanitz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
 Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen**

**H. T. V.**  
 Vorstandssitzung Dienstag abend 8 1/2 Uhr.

**A. B. Sch.**  
 Vorstand- und Festkomiteesitzung  
 Dienstag abend 9 Uhr.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit  
 zu unserer Hochzeit.  
 Friedrich Warnke und Frau,  
 geb. Kröger.

Ein freundlich möbliertes Parterrezimmer  
 an einen jungen Mann zu vermieten  
 Engelswisch 31.

**Ein leeres heizb. Zimmer**  
 (straßenwärts) per sofort zu vermieten.  
 Obertrave 21/13.

**Zweizimmer-Wohnung**  
 am 1. Oktober zu mieten gesucht. Preis  
 180—200 Mk. Off. unter SZ D a. d. Exped.

Gesucht zu sofort 2 ordentliche kräftige  
**Haushälter.**

Nachhärer bevorzugt.  
 Thüringer Wurst- u. Fleischkonzernefabrik  
 Beim Reithof 14.

Zu verkaufen ein guter Kinderwagen  
 mit vernickelten Federn und Klüschgard.  
 Fremserkamp 36, p. L.

**Erdarbeiter**  
 werden noch eingestellt.  
 Genieur Rangierbahnhof. A. Karl.

**Hund**  
 Dobermann, groß und kräftig (schwarz mit  
 braunen Abzeichen an Beinen und Kopf) ab-  
 handen gekommen. Wiederbringer od. Aus-  
 kunftgeber desselben gute Belohnung.  
 J. Bernhardt, Lübeck, Hützstraße 25.

**Adolf Hübner,** Uhrmacher u. Gold-  
 arbeit, Sänthaus 13

**Scherm's**  
**Reisehandbuch**  
 für wandernde Arbeiter.  
 Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte  
 — Preis 1,50 Mk. —  
 Zu beziehen durch die  
 Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
 Johannisstraße 46.

**Vereinigte Butterhändler**  
 von Lübeck und Umgegend.  
**Allerfeinste Meiereibutter**  
 kostet Pfund 1,35 Mark.

**Zentral-Verband der Fleischer**  
 und Berufsgenossen Deutschlands.  
 (Zahlstelle Lübeck.)

**Mitgliederversammlung**  
 am Mittwoch, den 11. Sept.  
 abends 8 1/2 Uhr präzis  
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Kartell-Bericht.  
 2. Bericht vom 4. Verbandstag.  
 3. Stellungnahme zu dem Verhalten der  
 Firma W. G. Koepke.

Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit  
 der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher  
 Mitglieder dringend erforderlich.  
 Der Vorstand.

**Hansa-Theater**  
 Lübeck.

Nur noch 4 mal  
**Es lebe der Reservemann**  
 Nächste Novität:  
**„Es geht los!“**  
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.  
 Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.  
 1 Jahr Garantie.

**Ernst Gentzen,** Uhr-  
 Königsstraße 62, b. d. Hützstraße  
 Gebt rote Rabattmarken.

**Wilhelm-Theater.**  
 Dienstag, 8 Uhr. 95. Abonn.-Vorstell.  
 Letzte Woche!  
 Hermann Sudermann's  
**Die Schmetterlingsschlacht.**  
 Komödie in 4 Akten.  
 Mittwoch:  
**Molière-Abend.**  
 Der eingebildete Kranke.  
 Der Geizige.  
 Sonntag: Schluß der Spielzeit.

**Stadthallen-Theater.**  
 Direktion: Ludwig Piorkowski.  
 Letzte Woche!  
 Dienstag, 8 Uhr. 92. Abonn.-Vorstell.  
 Anerkannt beste Lustspiel-Novität!  
 Nurere Käte.  
 Lustspiel in 3 Akten von Davies.  
 Mittwoch: Der Stabsstrompeter.  
 Gr. Hoffe mit Gesang in 4 Akt. v. Mannstädt.  
 Donnerstag: Im bunten Rock.  
 Freitag: Unbestimmt.  
 Sonnabend: Robert und Bertram.  
 Sonntag: Abschieds-Doppel-Vorstellung.  
 Operetten-Abend.



Günstigste Gelegenheit für  
ganze Brautausstattungen.

Am Mittwoch, den 11. d. M., Schluß unseres

Trotz der billigen Preise  
Rote Lubeca-Marken.

# Räumungs-Ausverkauf.

<b>1 Posten</b> Damenhemden . . . . 95 Pfg. Damenhosen . . . . 95 Pfg. Damenjacken . . . . 1.25 Mk. Parchendröcke . . . . 1.15 Mk. Stickerei- und Spitzenröcke etwas angestäubt. Einzelne Stücke = elegante Damenwäsche = teils für die Hälfte. Kinder- und Babywäsche bedeutend ermäßigt. Untertaillen . . . . 1.45 Mk.	<b>1 Posten</b> Weiße Bettbezüge . . 3.75 Mk. Weiße Bettbezüge . . 4.25 Mk. „ Damen-Bettbezüge 4.75 Mk. Weiße Kopfkissen . . 75 Pfg. Betttücher ohne Naht . 1.75 Mk. Tischtücher und Servietten. Gläser-, Messer- u. Wischtücher. Handtücher . . . . 45 Pfg. Bettstellen und Matratzen grösste Auswahl am Platze.	<b>1 Posten</b> Gardinen, weiß und crème. Schlafdecken . . . . 1.95 Mk. Steppdecken . . . . 3.25 Mk. Tischdecken . 1.25—1.95 Mk. Weiße Bettdecken . 2.25 Mk. Bunte Bettdecken . 2.45 Mk. Bettvorleger . 1.35—2.50 Mk. Teppiche enorm billig. Rückenkissen.	<b>1 Posten</b> Herren-Westen. Krawatten sonst bis 2 Mk., jetzt 50 Pfg. Herrenkragen 4fach, 8 St. 95 Pfg. Serviteurs . . . . 30 Pfg. Bunte Oberhemden für die Hälfte. Stroh Hüte für die Hälfte. Unterhemden . . . . 1.25 Mk. Unterhosen . . . . 1.25 Mk. Weiße Herrenhemden . 1.45 Mk.
--	---	--	---

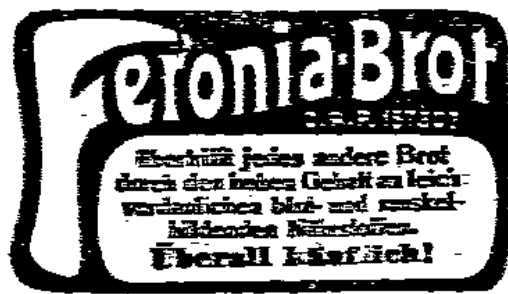
Tuch- und Sommerröcke teils für die Hälfte. — 1 Posten Kinder- und Damenstrümpfe für die Hälfte.

## Gebrüder Hefft

Lübeck  
Untertrave 111/112  
bei der Holstenstrasse.

Die Preise sind staunend billig. Es sollte niemand diese Gelegenheit versäumen.

### Versuchen Sie bitte!



Täglich frisch in allen durch Plakate kenntlichen Niederlagen  
oder durch den

General-Vertreter: **Hans Panier,**  
Lübeck, Adlerstraße 36.

### Achtung Fabrikarbeiter-Verband.

### Außerordentliche Mitglieder - Versammlung

am Dienstag, den 10. Septbr., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress in Stuttgart.  
Referent: General Rob. Wiesenbütter aus Ettlin.
2. Disziplin.

Jahresbeiträge werden nicht

Die Ortsverwaltung.

### Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck.)

### Außerordentl. General-Versammlung

am Dienstag, den 10. September, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aenderung des Statuts und Wahl von Vorstandsmitgliedern.
2. Bericht.

Die Ortsverwaltung.

### Konsumverein für Lübeck und Umg.

E. G. m. b. H.

Wir beabsichtigen in den nächsten Tagen ein Flugblatt über die volkswirtschaftlich feindslichen Bestrebungen des Verbandes der Fabrikanten von Markenartikeln zu verbreiten.

Alle Konsumenten, insbesondere aber unsere Mitglieder und deren Frauen, die an der Verbreitung dieses Flugblattes mitwirken wollen, werden gebeten, sich am Montag, 9. September 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52, zu einer Besprechung einzufinden.  
Der Vorstand.

Eine der interessantesten politischen Zeitungen  
der Reichs-Hauptstadt  
ist die im 55. Jahrgange stehende altbewährte  
**Berliner  
Volks-Zeitung**

mit reich illustriertem Sonntagsblatt

Chefredakteur: Karl Bollrath.

Die Berliner Volks-Zeitung ist die billigste der  
täglich zweimal

erscheinenden deutschen Zeitungen,  
sie ist eine unabhängige Zeitung, die mit den  
großen weltbewegenden Problemen des zwanzigsten  
Jahrhunderts vertraut macht, die dem Volke  
zeigt: was es ist, was es kann und was es aus  
politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Gründen  
tun muß, um den höchsten Zielen des Staatslebens  
und der Menschheits-Entwicklung zuzustreben.

80 Pfg. monatlich

bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches.

Im Roman-Heftchen erscheint demnächst

Die blaue Laterne von Paul Lindau.

Ein neuer Roman von Lindau ist immer ein Ereignis. Die neueste Schöpfung des berühmten und beliebten Schriftstellers beleuchtet mit feiner Spottheit das moderne Großstadtleben und die modernen Gesellschaftskreise in ihren verschiedensten Abfängen. Der Name Lindau gerügt, um etwas überaus Fesselndes, Belebendes erwarten zu dürfen, und in der Tat wird das farbenreiche Bild, das uns der Dichter von dem Getriebe unserer reichbewegten Zeit gibt, berechtigtes Aufsehen erregen.

Expedition der „Berliner Volks-Zeitung“

Berlin SW. 19, Jerusalemmer Straße 46-49.



## Der Alkohol in unseren Kolonien.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte Wilhelm Föllmer in der Nummer 35 der „Umschau“ einen interessanten Aufsatz, dessen Lektüre wir all unseren Kolonialschwärmer empfehlen. Föllmer, den man durchaus keiner Kolonialfeindschaft zeihen kann, beginnt: „Für ein Naturvolk war es von jeher das größte Verhängnis, wenn es mit einem Kulturvolke in Berührung kam. Nie suchen die Kinder der Natur eine Berührung mit der Kultur; es ist stets umgekehrt. Nicht philanthropischer Idealismus führte die Europäer zu den Indianern und Negeren, sondern der reinste Egoismus, der in seiner krassesten Form von den Spaniern bei der Besitzergreifung Südamerikas geübt wurde. Mit Pulver und Blei trieb man die Wilden zurück. Aber eine Unze Pulver und eine Kugel Blei erschienen zu kostbar, um einen Indianer zu töten. Man bezimierte die Wilden auf billigere und bequemere Art. An gewissen Stellen ließ man Kleidungsstücke von Pest- oder Pockenkranken liegen. Die Indianer zogen sie an: die Folgen waren furchtbar. — Man kannte damals noch nicht die Phrase von den Kulturgütern, die man den Wilden bringen will, um sie glücklicher zu machen. Das Glück besteht häufig darin, daß die Naturvölker dem Untergange geweiht sind. Wo sind die einst so stolzen Mexikaner? Wo die hochbegabten Inkas von Peru? Wo ist Tasmaniens Urbevölkerung geblieben? Und wie steht es mit den Wilden Australiens? Bald wird keiner von ihnen mehr imstande sein, seine Stimme anklagend gegen die Rasse zu erheben, die ihnen den Untergang gebracht hat.“

Auch in Afrika beginnt jetzt die Kultur ihren massenmordenden Siegeszug. Seien wir doch ehrlich! Wenn wir mit fremden Völkern in Berührung treten, tun wir es nicht zu ihrem, sondern zu unserem Vorteile. . . . Der Gottesbote weckt die Heiden aus ihrem glücklichen Nichtstun auf, gewöhnt sie an Kulturgenüsse, die sie sich nur auf die Dauer verschaffen können, wenn sie Geld verdienen, das heißt arbeiten. Die heidnischen Neger gehen meist nackend, die christlichen stets bekleidet. Bedenkt man nun, daß er und besonders seine schöne Frau nicht wissen, mit europäischer Kleidung umzugehen, ihnen also bereits nach einem Monat die Lumpen vom Leibe herunterhängen und Ersatz heißen, so erkennt man erst, welche ungeheure Bedeutung der bekleidete Neger für die europäische Textilindustrie hat. Ob nicht oft genug diese Erscheinung für die Missionsfreudlichkeit mancher Kaufleute maßgebend ist? Der Kaufmann schafft nicht neue Werte; er macht nur vorhandene Werte nutzbar. Je rückwärtsloser dies geschieht, desto mehr wird das Land, das sich des kaufmännischen Interesses erfreut, ausgezogen. . . . Neue Werte schaffen kann nur der Ansiedler, der den Grund und Boden bebaut oder den Grasreichtum in Fleisch umsetzt. Eine gute Kolonialregierung wird stets dafür sorgen, daß zwischen Siedler- und Kaufmannsinteresse das Gleichgewicht herrscht.

Föllmer schildert nach solchen einleitenden Worten die Verheerungen, die durch den Alkohol gerade unter den Küstenbewohnern angerichtet werden. Da die Trägerlöhne sehr hoch sind, ist es für die Eingeborenen des Innlandes eine Unmöglichkeit, dem Schnapsgenusse zu fröhnen; so vertreibt sich die Schnapszufuhr (neben unseren tropenkollernden weißen Landsleuten) in der Hauptsache nur auf die Eingeborenen, die mit den Bläßgeschichtern in naher Berührung leben, und hier erreicht der Alkoholkonsum erschreckend hohe Werte. Jede neue Eisenbahn aber erleichtert das Eindringen des neuen verführerischen Genußmittels, vor dessen tödlicher Wirkung

der arglos im Übermaße Schwelgende sich nicht schützt, weil er sie nicht kennt, zu den bis dahin noch unberührt gebliebenen Stammesteilen. Mit jeder neuen Bahn aber werden ganz horrend Gewinne aus dem Alkohol gezogen. Nach Föllmer teilt W. von St. Paul Maire aus Ostafrika mit, daß die Kiste von zwölf Flaschen Schnaps, jeemäßig verpackt, loko Hamburg franko Bord 2,50 Mk. gekostet habe, ja eine Liverpooler Firma habe die Kiste von 12 Flaschen unter den gleichen Bedingungen für 1,60 Mark gekauft. Der erhaltene Gegenwert in Waren aber wurde auf 20 Mark pro Kiste von 12 Flaschen geschätzt!! Das sind 1250 Prozent!! O heilige Einfuhr!!

Föllmer sagt, man müsse allen Ernstes darüber streiten, ob für den Neger nicht der Alkohol ein weit schlimmeres Übel sei als die Sklaverei. Er ist eines der furchtbarsten Geschenke, die der Europäer den Wilden bringt. „Negertod“ wird diese Sorte in Afrika genannt; die Kameruner Neger nennen den ihnen gebrachten Schnaps „Hamburger Wasser“. Im Jahre 1904 wurden nach Kamerun 921 433 Kilogramm Schnaps eingeführt, nach dem kleinen Togo gar 1 622 829 Kilogramm, und mit jedem Bahnbau erhöht sich die Ziffer so stark, daß die ein Gegengewicht bildenden sich — warum denn auch nicht? — steigenden Zölle dabei kaum viel auszubessern vermögen.

Weshalb der deutsche Großkaufmann ein ertragreicher Kolonialschwärmer ist, weiß man zwar seit langem, doch ist die neue von Föllmer gebrachte Bereicherung des Bildes doch sehr nützlich. Freilich wird noch viel Wasser den Berg hinunterfließen, bis der deutsche Hurratriot einzusehen gelernt haben wird, daß alle Kolonialschwärmerei nur dazu dient, einzelnen frömmelnden „Kulturbringern“ die Taschen zu füllen. Föllmers Arbeit bildet aber eine Erklärung mehr dafür, warum in jüngster Zeit auch die Kartoffelunker mit den Vernbürgern durch Dick und Dünn gehen; der in Afrika verkaufte Fufel ist das beste Lötlwasser für den konservativ-liberalen Block.

## Bericht des Parteivorstandes

an den Parteitag zu Essen 1907.

### Bericht der Vertrauensperson

der Genossinnen Deutschlands für die Zeit vom August 1906 bis Ende Juli 1907.

Unsere Bewegung hat aber nicht nur an Umfang bedeutend zugenommen, sondern auch das Wissen der Genossinnen hat sich erweitert und vertieft. Um in dieser Richtung zu wirken, sind die Les- und Diskussionsabende geschaffen worden. Bereits in 120 Orten bestanden solche Abende, die teils vierzehntägig, teils vierwöchentlich abgehalten werden. Als Grundlage der Schulung dienen in den meisten Orten: „Erklärungen zum Erfurter Programm“ von Kautsky und Schönlanke. Genossinnen und hin und wieder auch Genossen, die bereits besser gebildet sind, leiten die Abende. Der Besprechung wohnen 20—30 Personen bei, jede einzelne Genossin kann daher in den Kreis der Diskussion gezogen werden. Neben den theoretischen Kenntnissen, welche die Teilnehmerinnen sich aneignen, lernen sie ihre Gedanken ordnen und auszprechen. In einzelnen Orten des Rheinlandes veranstalteten die Genossinnen Kurse von 6—7 Abenden, in denen kleine Vorträge über das sozialdemokratische Programm mit darauffolgender 1/2stündiger Diskussion stattfanden. Die Genossinnen wurden einzeln über das Gehörte befragt, damit der Erfolg des Kursus auf diese Weise festgestellt werden konnte. Die Zunahme der Les- und Diskussionsabende legt Zeugnis ab von dem Bedürfnis nach theoretischer Bildung, nach grundsätzlicher Klarheit im weiblichen Proletariat. Manches bis dahin schlummernde Talent findet durch das hier Gebotene den Weg zur Weiterbildung.

Wie bereits aus dem weiter oben Mitgeteilten hervorgeht, ist die mündliche Agitation in sehr ausgedehnter Weise

betrieben worden. Den Anfragen nach Rednerinnen konnte oft kaum Genüge getan werden. Agitationstouren wurden vor und nach der Reichstagswahl sehr zahlreich veranstaltet, und zwar in den verschiedensten Gegenden Schlesiens, in Pommern, in der Oberlausitz usw. Gleich nach dem Parteitag referierte eine Genossin in zehn Versammlungen in Bayern, eine andere war tätig in Anhalt; 16 Versammlungen fanden in Eisenach, Sachsen-Weimar, Hannover statt. In Oldenburg und Bremen wurde eine ziemlich ausgedehnte Agitation betrieben. In Sachsen-Altenburg und dem sächsischen Vogtlande war eine Rednerin 2 1/2 Wochen tätig. In der Meiningener Spielwarengegend (Sonneberg) wurden eine Anzahl Agitationsversammlungen veranstaltet. Auch im Kreise Zeit-Weißenfels, im Kreise Magdeburg und in Westfalen wurden Rednerinnen für eine größere Reihe von Versammlungen verlangt. Im Harz wurden zweimal Agitationstouren veranstaltet. Unzählige Einzelversammlungen gelegentlich der Anwesenheit auswärtiger Referentinnen wurden ebenfalls eingerichtet. Die entfaltete rege Agitation hat es ermöglicht, daß in vielen bis dahin noch brachliegenden Orten fester Fuß gefaßt wurde und eine ständige Aufklärungsarbeit unter den Frauen in Fluß kam. Unsere Vertrauenspersonen bemühen sich, jede sich anbietende Gelegenheit für die Agitation und Betätigung der Frauen zu ergreifen und auszunutzen.

An manchen Orten sind die Genossinnen an die Gemeindevorstände herangetreten, die Errichtung von Kindergärten und Krippen betreffend. Die Genossinnen haben sich außerdem bemüht, durch öffentliche Bessprechungen fördernd auf die Fürsorge der Kommunen für Wöchnerinnen und Säuglinge zu wirken. Die Zahl der Genossinnen, die als Waisenspielerinnen tätig sind, hat zugenommen. Einige Genossinnen gehören der Armenpflegeverwaltung an. — Die Agitation für den gesetzlichen Kinderschutz ist weiter betrieben worden.

Kinderschuttkommissionen sind auch in größerer Anzahl wie im Vorjahre vorhanden. Manchem Kinde vermochten sie durch ihre Wachsamkeit das Leben erträglicher zu gestalten. So viel mir mitgeteilt wurde, bestehen zurzeit solche Kommissionen in Leipzig, Dresden, Hamburg, Stettin und Chemnitz. Andere Städte werden dem guten Beispiel folgen.

Neben der Agitation durch das gesprochene Wort ist auch die durch das gedruckte nicht vernachlässigt worden. In die Augen springend ist die Vermehrung des Abonnentenstandes der „Gleichheit“. Von 46 000 im Vorjahre hat er jetzt bereits die Höhe von 70 000 erreicht. Unsere Genossinnen sind unausgesetzt für ihr Organ mit Eifer tätig gewesen. Neben der Agitation für dasselbe in öffentlichen Versammlungen wurde in vielen Orten mit bestem Erfolg Hausagitation betrieben. Der „Gleichheit“ ist es zu danken, daß grundsätzliche Klarheit und Wissen in die Köpfe tausender von Frauen getragen worden ist. Sie brachte den Hausfrauen Anregung und Belehrung, sie beriet durch Artikel von sachkundiger Feder die Mütter bei der Erziehung der Kinder; sie trat nach den verschiedensten Richtungen hin für die Interessen der Proletarierinnen ein; sie war den Genossinnen jederzeit eine treue Beraterin, ein festes geistiges Band. Die „Gleichheit“ erwartete mit Schnujchtaufende von Kindern, weil die Kinderbeilage ihnen so wunderschöne Märchen erzählt, hübsche Reisebeschreibungen und Geschichten bringt, Gedichte und naturwissenschaftliche Artikel, die Geist und Gemüt bereichern und das Blatt, das die Mutter liebt, ihnen lieb und unentbehrlich macht. In den abgelegenen und schwärzesten Gegenden Deutschlands hat die „Gleichheit“ Eingang gefunden. In der ungeheuren Mehrzahl der Fälle wird jedes abonnierte Exemplar von zwei Personen gelesen. Erwähnt sei noch, daß die Zahl der Genossinnen, die durch die durch Berichte, Artikel, Notizen an unserem Organ mitarbeiten. Es ist dies nicht nur ein zu begrüßendes Zeichen regen geistigen Lebens im weiblichen Proletariat, sondern auch ein Zeichen dafür, mit welcher Liebesart und geduldiger Mühe die Redakteurinnen jedes sich zeigende Talent aufzumuntern und zu unterstützen versuchen.

Die Agitation durch Brochüren ist nicht verabsäumt worden. Es sind zur Versendung resp. Verteilung gelangt: 100 000 des von der „Gleichheit“ herausgegebenen Merkblattes „Der Kampf um die Unfallrente“; 800 000 Wahlflug-

## Bekanntnis eines lebendig Begrabenen.

Ein wahres Ereignis aus der russischen Revolution.  
Von Alexander Amfiteatrow.

„Sie fragen mich, wo ich zu Weihnachten im vorigen Jahre war und wie ich sie verbrachte? Sehr schlecht verbrachte ich sie, lieber Freund. Ich wollte zu jener Zeit im Grab!“

„Ja wie sind Sie dort hingeraten?“  
„Sehr einfach, auf durchaus legaler Grundlage. Sie wissen doch, wie man in das Grab hineinkommt? Als Zoter!“

„Berzählen: Habe ich die Ehre, mit einem Gespenst zu sprechen?“

„Nein, nicht mit einem Gespenst, wengleich es viele gibt, die nichts sehnlicher wünschen, als daß ich ein Gespenst wäre. Die Sache ist nämlich die, daß ich gerade zu Weihnachten, am 24. Dezember 1905, um vier Uhr nachmittags auf dem Platz vor der Kathedrale der Stadt Jaruzsk von einer Abteilung des Strafexpeditionskorps erschossen wurde.“

„Erschossen?“

„Glauben Sie nicht?“

„Aufrichtig gesprochen, solch einer Erscheinung habe ich früher nur auf der Bühne im Melodrama „Don Söfar de Bafan“ beigewohnt.“

Nichtsdestoweniger verhält sich die Sache so, wie ich sie Ihnen melde: Erschossen — und lebendig in das Grab geworfen — und da sitze ich vor Ihnen, lustig, jugendlich, trinke Kaffee, rauche Zigaretten. . . .

„Aho, man hat sie schlecht erschossen. . . .“

„Nein, erschossen hat man mich nicht übel; weshalb soll ich die braven Jungen beleidigen? Erschossen, auf mein Gewissen! Vier Kugeln habe ich in mir aufgenommen. Ich bin zu faul, um mich auszukleiden, sonst könnte ich Ihnen meine Wunden zeigen, Thomas, Sie Ankläger! Freilich, Glück habe ich

gehabt, die Wunden waren nur an den Weichteilen, die Kugeln mitten durch, kein ernstes Organ wurde verletzt, auch die Knochen wurden nicht gebrochen. Aber dafür ist Blut geflossen, sag' ich Ihnen! Entsetzlich! Ein Eimer voll!“

Die Sache verhielt sich so: Ich lebte friedlich und ruhig als Lehrer in Jaruzsk. In Ausübung meines Berufes suchte ich meinen lieben Letten Karzuzmachen: „Nur im Kampfe erwirbst du dein Recht“, wie es im Liede heißt. . . . Ein wirklicher Revolutionär, wie ich es jetzt bin, war ich damals noch nicht und hielt mich auch nicht dafür. Ich war nur ein Mitfühler, ein Bürger, der revolutionäre Lieder sang und mit der roten Fahne in der Hand einherging. In den rühmlich bekannnten Tagen „der Freiheit“ sang ich wahrscheinlich ein wenig lauter als die anderen, die rote Fahne trug ich mit größerem Schwung als andere. Der bewaffnete Aufstand breitete sich nicht bis Jaruzsk aus, eine provisorische Regierung haben wir eingeseht, die Republik nicht proklamiert. Wir spielten nur mit Worten ein wenig Revolution innerhalb der vom Magistrat gebudeten Grenzen, und Schluß. Nichtsdestoweniger wurden am 24. Dezember, am Vorabend vor Weihnachten, ich und noch zwölf Bürger, welche mit der roten Fahne umhergegangen waren, erschossen und hineingeworfen in den Graben auf dem Kathedralplatz. Ich bin vom Tode auferstanden, zwölf Kameraden verblieben jenseits. Ja, so war es.

Ich erinnere mich noch lebhaft; ich sitze zu Hause und in höchst ruhiger und wohlwollender Weise verbeßere ich die Hefte meiner Schüler. Plötzlich erscheint vor mir ein Schreckbild: ein Kosak:

„Sie werden mich der Lehrer sein?“

„Ich bin der Lehrer.“

„Kommen Sie!“

„Wohin?“

„Die Obrigkeit befiehlt, kommen Sie!“

„Was für Obrigkeit?“

„Ich weiß nicht. Kommen Sie!“

„Keine Obrigkeit?“

„Keineswegs. Kommen Sie nur!“

„Und wenn ich nicht will?“

„Dann werde ich Sie mit der Nagaitka hintreiben. Kommen Sie!“

Ein ernster Burische . . . das Gespräch ernst . . . die Nagaita ernst . . . Es gibt Argumente, auf die man nur mit einem Revolver in der Hand antworten kann. Ich hatte aber gerade keinen. Nun gut, es läßt sich nichts machen. Ich gehe. Der Kosak führte mich zum Obersten. Eine höchst sympathische Frage. Nett, nett. Wird wohl ein ausgezeichnete Tänzer sein. Wahrscheinlich ein guter Klavierspieler. Sehr höflich.

„Womit kann ich dienen?“

„Ich weiß nicht. Ich bin befohlen worden. . . . Ihr Kosak hat mich hierhergeführt.“

„Ihr Name?“

„Ich heiße . . .“

„Aha! Sie sind derjenige?“

„Ja, ich bin derjenige!“

„Er spricht zu seinem Adjutanten: „Den da . . . zu jenen!“

Der Adjutant antwortet: „Zu Befehl!“ und winkt den Soldaten, mich zu umringen.

Dier Erzengel wuchsen aus dem Boden hervor. Einer kräftiger als der andere. Da wendet sich der Oberst an mich mit derselben Höflichkeit:

„Sie können gehen. Ich halte Sie nicht mehr auf.“

Ich marschiere feierlich mit den Erzengeln und es scheint mir, daß ich im Traume bin. . . . Ich verstehe gar nichts. . . . Warum bin ich „der da“? Was sind das für „Jene“? Warum, wenn ich „der da“ bin, warum soll ich denn zu „jenen“?

Ich wende mich an meine Wächter: „Wohin führt ihr mich?“ Statt einer Antwort bekomme ich zwei Schläge ins Gesicht. In tiefem Schweigen . . . auf einmal von rechts und links . . . mit den Muskeln der Faust . . . Funken sprühen mir aus den Augen.

Endlich kamen wir auf den Kathedralplatz. Ich schaue. Hier stehen auch Heinrich Olsen und Christophert und alle Anfrigen, welche die rote Fahne getragen und revolutionäre Lieder gesungen haben. Alle unter Bewachung. Auf dem Platz war außer uns und den Soldaten keine einzige Seele mehr. Alle Fensterläden geschlossen. Entsetzen bemächtigte sich meiner. Ich fürchtete, man wolle uns auspeitschen.







# Soziales und Parteileben.

**Fleischer-Verbandsstag.** Entsprechend dem Vorschlag der Statutenberatungskommission, der von D. v. Lübeck gemacht wird, wurde der Beitrag von 35 auf 50 Pfg. wöchentlich erhöht. Dieser soll die Arbeitslosenunterstützung ab 1. Oktober 1908 eingeführt werden. Die Beitragserhöhung tritt am 1. Januar 1908 in Kraft. 20 Prozent der Beiträge sollen an die Hauptkasse abgeführt werden. Der nächste Verbandsstag findet Ostern 1910 in Hannover statt. Von den sonstigen Anträgen sind von allgemeinem Interesse: Der Antrag Hamburg und Lübeck „Die Schaffung eines Nahrungsmittel-Industrieverbandes zu erstreben.“ Der Vorsitzende Henschel-Berlin erklärte hierzu, daß der Hauptvorstand bezüglich dieser Frage schon mit in Betracht kommenden Organisationen konferiert habe; man sei einen großen Schritt diesem Ziele näher gekommen. Der Hauptvorstand tue sein möglichstes, um die Gründung eines Nahrungsmittel-Industrieverbandes baldigst herbeizuführen. Die Verwaltungsstelle Lübeck beauftragt, jeden Herbst ein bis zwei Kollegen an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen teilnehmen zu lassen. Dieser, sowie obiger Antrag werden dem Hauptvorstand überwiesen. — Die internationalen Beziehungen haben sich wesentlich gebessert. Die bisherigen Beamten wurden wiedergewählt. Nach Festsetzung der Gehälter und Diäten — 12 Mk. täglich außer Lohnentschädigung — wurde der Verbandsstag geschlossen.

**Gärtner-Generalsversammlung.** Nach einem Referat über Organisation und Agitation wurden mehrere der Agitation dienende Anträge angenommen. Der Beitrag bleibt 35 Pfg., jedoch sollen Ortszuschläge erhoben werden. Jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren und Arbeiterinnen zahlen 25 Pfg. Bei den Beiträgen von 35 Pfg. kann der Hauptvorstand acht Wochen lang pro Jahr Extrabeiträge erheben. Als neue Unterstützung wird die Kranken- und Sterbeunterstützung eingeführt. Die Sterbeunterstützung tritt nach 5 Jahren Mitgliedschaft in Kraft, beträgt dann 50 Mk., nach 8 Jahren 75 Mk., nach 10 Jahren 100 Mk. Beim Todesfall der Ehefrau wird die Hälfte der Unterstützung gezahlt. Die Streikunterstützung wird nach einer Karenzzeit von drei Tagen vom vierten Tage ab gezahlt. Sie kann durch Ortszuschläge bis zu 12 Mk. für ledige und 14 Mk. für Verheiratete und für Kinder auf 75 Pfg. erhöht werden. Die Diäten sind einheitlich auf 8 Mk. und Lohnentschädigung festzusetzen. Zur Maifeier fand folgende Resolution Annahme: Die Generalversammlung beschließt, den Mitgliedern nur dort eine allgemeine Arbeitsruhe zu empfehlen, wo dies ohne Schädigung der Beteiligten und der Organisation möglich ist. Die Organisation kann nach Lage der Verhältnisse Unterstützungen an die wegen Beteiligung an der Maifeier ausgesperrten Mitglieder nicht gewähren. — Die Generalversammlung soll fortan nur alle 3 Jahre stattfinden. Ein Streik kann nur mit  $\frac{2}{3}$  Majorität beschlossen werden. Die Generalkommission soll ersucht werden, die Landarbeiterfrage als besonderen Punkt auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zu behandeln. Nach Vornahme der Wahlen, bei denen der 1. und 2. Vorsitzende ihre Posten wechseln und bei denen ferner 7 Anträge, wie bisher, 5 Hauptvorstandsmitglieder gewählt wurden, erfolgte Schluß der Generalversammlung.

**Die fünfte internationale Gewerkschaftskonferenz** wird am 15. und 16. September in Christiania abgehalten werden. Vertreten werden die gewerkschaftlichen Landesorganisationen in Schweden, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Italien, Schweiz und Norwegen sein. Die Konferenz wird eine Reihe von Fragen, die die internationale Organisation betreffen, zu erledigen haben. Von Italien liegt ein Vorschlag vor, die Auswanderung durch die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung zu regulieren. Norwegen wünscht, daß die Organisation der Seeleute besprochen wird. Schweden hat angeregt, die Frage zu besprechen, inwieweit Vorbeugungsmaßnahmen gegen den Import von Streikbrechern zu schaffen sind. Deutschland will das Verbot der Anwendung von gesundheitsgefährlichen Stoffen in der Industrie in die Verhandlungen mit einbezogen wissen. Dänemark hat die Besprechung der Gegenseitigkeit zwischen den Organisationen der einzelnen Länder in Anregung gebracht.

**Vom Trade-Union-Kongress.** Am Freitag nahm der Kongress einstimmig die Resolution an, in der verlangt wird, daß im nächsten Budget eine Alterspension von wöchentlich fünf Schilling für alle Sechzigjährigen vorgesehen werde. Das parlamentarische Bureau wurde angewiesen, in eine lebhaftige Agitation dafür einzutreten. Ebenfalls angenommen wurde die Resolution zu Gunsten der achtstündigen Arbeitszeit in Bergwerken und anderen Industriezweigen. Eine Resolution, welche das Prinzip der Anrufung eines Schiedsgerichts in gewerkschaftlichen Streitigkeiten ausspricht, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso verwarf der Kongress eine Resolution, die verlangt, daß die Streitigkeiten einem Vermittlungsamt unterbreitet werden sollen, bevor ein Streik erklärt würde. Sonnabend wurde der Kongress nach Annahme einer Resolution geschlossen, durch die die Regierung aufgefordert wird, die Frage der Arbeitslosen dadurch zu regeln, daß sie unter Reorganisation der Industrie auf genossenschaftlicher Basis den Arbeitslosen dauernd Arbeit verschafft.

**Die Lohnbewegung im Nieder-Laufiger Braunkohlenrevier.** Nachdem die Unternehmer durch ihre Halsstarrigkeit die Empörung bis zur Siedehitze gesteigert, versuchen sie durch an die bürgerliche Presse versandte Waschkettel die ganze Bewegung als „sozialdemokratische Wache“ den Behörden zu denunzieren. Vor allem sollen allein die Löhne im letzten Jahre um 18 Prozent gestiegen sein. Demgegenüber steht fest, daß einer unwesentlichen Lohnsteigerung eine ganz gewaltige Steigerung der Arbeitsleistung gegenübersteht! Der Handelsammerbericht von Kottbus zeigt über die Förderung in der Niederlaufiger Braunkohlen- und Zementindustrie folgendes Bild:

	Förderung in Tektolitern	Britetts in Tonnen	Arbeiterzahl
im Jahre 1901	136 936 114	2 612 439	11 619
„ „ 1902	134 753 747	2 707 845	10 222
„ „ 1904	155 307 145	3 924 805	10 369
„ „ 1906	171 903 019	3 799 345	10 538

Von 1901 bis 1906 hat sich demnach die Förderung ganz wesentlich erhöht, während die Arbeiterzahl gesunken ist! Von 1904 bis 1906 vermehrten sich die Beschäftigten um 1,6; die Förderung stieg um 10 und die Produktion von Britetts um 14,26 Prozent. Gegenüber der Behauptung, die Löhne betrügen pro Schicht 5 und 6 Mk., stellen die Vergleiche folgende Statistik auf: Die Löhne schwanken zwischen 4,90—3,40 Mk. auf Grube Verta, Hörter Werk 2,90—3,00 Mk., Me 8,10—3,70 Mk., Mariannenwerk 2,70—3,50 Mk., Alara-Weizow 3,00—3,30 Mk. Jugendliche Arbeiter 1,60—2,00 Mk. Weibliche Arbeiter 1,50 bis 1,90 Mk. Vorstehende Löhne beziehen sich auf die 12stündige Schicht. Daß die Unternehmer glänzende Geschäfte gemacht haben, beweisen folgende „Entbehrungslöhne“: Die Niederlaufiger Kohlenwerke verteilten bei einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark 600 000 Mk. Dividende und schrieben 750 000 Mk. ab. Sie „verdienten“ also in einem Jahre

22½ Proz. des Anlagekapitals. Die Dividende der Gesellschaft „Me“, welche für das Revier maßgebend ist, stieg in den Jahren 1903—1906 um jährlich Hunderttausende; von 22 auf 18 Proz. Nebenbei erhielten die Aufsichtsräte 281 485 Mk. Lohntiere für ihre „Mühe“. Fest steht, daß die Löhne am niedrigsten sind, während die Gesellschaften im Golde schwimmen. Darum auch der Progenstandpunkt. Die für die Förderung in Frage kommenden Arbeiter sind gut organisiert und die Massen sehen dem Kampf mit Ruhe entgegen.

**Zur Lohnbewegung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen.** Am Mittwoch fanden Verhandlungen zwischen dem Zentralvorstand und dem Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes, Genossen Regener, einerseits und dem Vorsitzenden des Gewerbevereins, Rechtsanwalt Dr. Müller, andererseits in Gegenwart des Regierungspräsidenten, der in der Angelegenheit der Lohnbewegung intervenieren wird, statt. Die Unterredung hat über eine Stunde gedauert. Die Fabrikleitung hat erklärt, sie erwäge, eine Lohnhöhung von 7 Prozent einzutreten zu lassen, wenn die Arbeiter — auf die Vergütung der Wohlfahrts-Einrichtungen verzichteten. Die Aufwendungen der Fabrik für diese Wohlfahrts-Einrichtungen machen nämlich 7 Prozent der gesamten Lohnsumme aus. Diese Bedingung würde die Erfüllung der Arbeitermünsche direkt illusorisch machen, wenn darauf eingegangen würde. Um dem Fortgang der Verhandlungen indes nicht hinderlich zu sein, hat man sich seitens des Fabrikarbeiter-Verbandes zu einer vorläufigen Einigung insofern bereit erklärt, als man einer direkten Verhandlung der Fabrikleitung mit den Arbeitern, konform dem seinerzeit in der Fabrik angeschlagenen Ufas, nichts in den Weg legen will.

**Der Hafenarbeiterstreik in Antwerpen.** Der „Vorwärts“ berichtet unterm 4. September aus Antwerpen: Der Wunsch der Unternehmer ist erfüllt: Seit gestern erfreut sich der Antwerpener Hafen militärischen Schutzes. Die Bassins, die am Dienstag nachmittag der Schauplatz von Straßenkämpfen waren, sind mit den Regimenten der Bürgergarde besetzt, berittene Gendarmen patrouillieren an den Kais und auch die Revolver der Polizisten, die am Dienstag schon ihre Schuldigkeit getan, sind in Bereitschaft, denn die Schutztruppe der Hafenkapitalisten — sie haben buchstäblich auch die Streikbrecher zu „bewachen“ — hat, wie mit geflüstelter Deutlichkeit kundgemacht wird, „strenge Vorschriften“. Nun ist aber folgendes zu sagen: Gemäß sind an den gestrigen blutigen Zusammenstößen mit den Polizisten Streikende beteiligt gewesen — zählt man doch bis jetzt offiziell 20 Verwundete unter ihnen — aber ebenso sicher ist, daß halbwüchsige Jungen von 14 bis 18 Jahren die Agents provocateurs gespielt haben, daß insbesondere von diesen das Subrandstücken der mit Baumwollballen beladenen Wagen, das Anzünden von Baumwollschuppen, das Stürmen von Lastwagen und ähnliche Gewalttaten besorgt wurden. Sprechen doch selbst bürgerliche Blätter von „Gamins“, von Straßenjungen und von jenem Gefindel, das sich das ganze Jahr arbeitslos im Hafen herumtreibt. Die Beteiligung dieser Leute, so begreiflich sie auch genug aus eigenem Antrieb wäre, gibt aber auch noch zu Mutmaßungen aller Art Anlaß. Es sollte Militär her, und was durch die bisherige Haltung der Streikenden nicht möglich war, wurde möglich durch eine Horde Straßenjungen und verkommene Gesellen, die mit dem Streik nichts zu tun hatten. Man hat sich ja auch nicht gecheut, gewisse Gerüchte in Umlauf zu setzen, um die Bevölkerung in Schrecken zu jagen und gegen die Streikenden vorzugeben, aber auch um die von den Unternehmern zum Schutze der Streikbrecher herbeigeschickte militärische Hilfe um so dringender erscheinen zu lassen. So hat man verbreitet, Streikende sollten die Villa des Führers der Unternehmer (Steinmann) stürmen; Streikende sollten die Petroleumreservoirs in Brand stecken! Auch sei der Polizist Verropel an einer Verletzung durch einen von Streikenden geschleuderten Stein gestorben. All das erwies sich als leeres Gerücht — hinterher nämlich. Bei dem Zusammenstoß der Streikenden mit den Polizisten auf dem Plage Schoonbeete am sogenannten alten Bassin schossen die Polizisten in die Menge, nachdem sie mit dem Säbel in der Hand schon vorher alle Künste des „Chargierens“ hatten spielen lassen. Daß es in der aufgeregten, in einer gefährlichen Straßenrennen zusammengedrängten Menge, über deren Köpfe die Säbel blühten, auch zu Steinwürfen gegen die Polizisten kam, wird keine Menschenseele wundern können. Auch später, als die Menge von 3—4000 Streikenden nach dem Canal de l'ancree zog, schossen die Polizisten, die mittlerweile Verstärkung bekommen hatten, in dem Augenblick, als ein vorüberziehender Gewagen von Jungen in Brand gesteckt wurde. Bei diesem Zusammenstoß wurde auch ein Kind von 10 Jahren verwundet. Während des weiteren Kampfes wurden noch eine Frau und etliche Kinder verletzt. — Auch im Laufe des folgenden Vormittags kam es noch zu ernstlichen Zusammenstößen. Die wenigen Schiffe, auf denen gearbeitet wird, sind von einem Regiment der Bürgergarde bewacht. Unter den massenhaft umhergehenden Streikenden sind viele Frauen, die das Spottlied auf die Streikbrecher singen. Gestern ist der Präsident der Unternehmervereinigung vom Arbeitsminister zu sich berufen worden, um ihn über die Situation zu „belehren“. Der „Arbeitsminister“ erinnert sich etwas spät, daß eine Intervention in einem derartigen Streik auch ein wenig zu seinem Ressort gehört. Aber der Minister soll auch schon wieder erklärt haben, daß er keinen Grund habe, einzugreifen. Wohlgemerkt, nach dem Gespräch mit dem Unternehmerführer. Der heutige „Soir“ bemerkt ausdrücklich, daß die gestrigen Brandlegungen und Ausraubungen von Wagen von Kindern ausgeübt wurden, während die Polizisten gegen die Streikenden „chargierten“. In der heute von 3000 Streikenden besuchten Versammlung protestierten die Führer dagegen, daß man den Streikenden die Verantwortung für die gestrigen Vorfälle aufbürden wolle. Die Streikenden werden die Bevölkerung, die ihnen unentwegt ihre Sympathie zuwendet, über den wahren Sachverhalt und die wahren Schuldigen aufklären und zu dem Zweck Plakate anschlagen lassen. Der Generalkat der belgischen Partei hat an das ganze Land einen Aufruf gerichtet, durch Zuwendung von Mitteln den schweren und gerechten Kampf der Hafenarbeiter zu unterstützen. Es verkennt, daß der Bürgermeister einen neuen Vorschlag zur Lösung des Konfliktes machen will, nach welchem die Streikenden zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden, wogegen die Unternehmer in 3 oder 4 Monaten die Löhne aufbessern sollten. Für heute nach sind zur Bewachung der Petroleumreservoirs und Holzdepots drei Infanterieregimenter angekündigt. Will man aber eine wirkliche Lösung, dann genügt das Militär allein nicht; das werden die Herren Unternehmer auch bald merken und hoffentlich danach handeln. In einem Meeting protestierten Donnerstag mittag die Streikenden lebhaft gegen die Anschuldigung, daß von seiten der Ausschüßigen die Holzlager in Brand gesteckt worden seien. Die Feuersbrunst in der Polder dauerte von Mittwochabend um 5 Uhr bis Donnerstag mittag. Wegen der Lager von Baumwolle, Holz, dem Wind und der Wasserhochstände war große Gefahr. Die Antwerpener, Genet und Brüsseler Feuerwehr griff ein, bis das Feuer endlich fast besetzt war. Der Schaden beträgt

etwa vier Millionen. Militär ist konfigniert. Am Hafen halten drei Bataillone Militär, Polizei und Bürgergarde die Ordnung aufrecht. Die Stadt ist von Menschen überflutet. Drei Brandstifter sind verhaftet. 60 Gendarmen sind angekommen. 650 englische Streikbrecher wurden von der Bürgerwehr bewacht nach Schiffen der Red-Stare-Linie gebracht. Viele Engländer sind abgereist. Die Unternehmerversammlung am Donnerstag hat den Bürgermeistervorschlag wieder abgelehnt. Auf dem Meeting Maska, das von 4000 Arbeitern besucht war, erklärte Chappelle, daß Terwagne 40 000 Frks. Hilfe versprochen habe.

**Eine amüsante Einquartierungsgeschichte.** Die Militär- und Zivilbehörden sind, besonders im schönen Dreiklassen-Sachsen, in der Regel eifrigt bestrebt, durch rücksichtslose Boykottierung von Gastwirten und Geschäftsleuten, bei denen Sozialdemokraten verkehren, zu verhüten, daß die Mitglieder der bewaffneten Macht mit „Umstürzern“ in nähere Berührung kommen. Die herrschenden Gewalten scheinen für die Marsjünger nicht geringe Befürchtungen zu hegen. Allerdings werden die behördlichen Boykotts auch aus politisch-spekulativen Erwägungen heraus verhängt; man bildet sich ein, die Sozialdemokratie damit bekämpfen zu können. Es gibt nun aber auch sowohl für die Zivil- wie für die Militärbehörden Situationen, in denen sie mit den verhassten „Roten“ gewisse Interessen partieren; z. B. zur Zeit der Manöver, wenn die bewaffnete Macht in Bürgerquartieren untergebracht werden muß. Es gäbe allerdings auch da einen Ausweg, wenn die Behörden sich entschließen würden, nur den königstreuen Bürgern Einquartierung zu geben; die Sozialdemokraten also auch bei solchen Anlässen strikte zu boykottieren. Doch — in solchen Fällen können die Behörden auch anders. Man läßt da die braven Vaterlandsverteidiger — vielleicht mit Jittern und Zagen — bei den „Umstürzern“ einmarschieren. Die schrecklichen „Gefahren“, die sonst angeblich bei einem Verkehr zwischen Sozialdemokraten und Soldaten drohen, bestehen im Falle der Einquartierung anscheinend nicht, sie treten erst nachher wieder auf, wie sie auch vorher bestanden haben sollten. So wurde dieser Tage der Genosse Magen in Wurzen mit der Bekannngabe überrascht, daß auch bei ihm, einem wachstüchtigen „Umstürzler“, Soldaten zur Einquartierung kommen werden. Genosse Magen als lokaler Untertan glaubte, daß der Behörde ein Versehen unterlaufen sein muß, weshalb er sie auf die Gefahren aufmerksam machte, die den bei ihm einzuquartierenden Soldaten eventuell drohen können. Er tat das durch diesen an den Stadtrat gerichteten Brief:

Laut einer Mitteilung des Stadtrats zu Wurzen wird dem Unterzeichneten bekannt gegeben, vom 1. bis 6. September 07 Einquartierung nehmen zu müssen. Ich habe hierauf dem Stadtrat mitzuteilen, daß ich dem Soldaten nur ein Zimmer als Wohnraum zur Verfügung stellen kann, welches mit den Wänden von Bebel, Liebknecht, Marx und Lassalle geschmückt und mit sozialdemokratischer Literatur und republikanischen Abzeichen versehen ist. Um nun meinerseits nicht die Disziplin, ebenso auch die staatliche Autorität zu gefährden, fühle ich mich verpflichtet, obige Tatsachen dem Stadtrat mitzuteilen.

Unsere Leier werden nun sicherlich der Meinung sein, daß der Wurzner Stadtrat schleunigst die Einquartierung bei dem Genossen Magen zurückgezogen hat. Weit gefehlt, wie dieses stadträtliche Schreiben beweist:

Auf Ihre kürzliche Mitteilung wird Ihnen erwidert, daß der Stadtrat nicht in der Lage ist, Sie von der Einquartierungspflicht zu befreien. Es empfiehlt sich, die Bilder sozialdemokratischer Führer, welche in dem für den einzuquartierenden Soldaten bestimmten Zimmer sich befinden, für die Dauer der Einquartierung zu entfernen. Dr. Seegen.

Herr Dr. Seegen ist erster Bürgermeister in Wurzen und außerdem konfervativer Landtagsabgeordneter. Der wohlgemeinte Ratschlag des Bürgermeisters, unser Genosse soll die „gefährlichen“ Bilder entfernen, hat ein ungeheures Gelächter ausgelöst. Befolgt wird natürlich der schöne Ratschlag nicht werden; so daß der wackere Musketier nun die schönste Gelegenheit hat, allabendlich, wenn er sich müde ins Bett legt, oder früh morgens, wenn er sich in die kriegerische Rüstung wirft, die Konterfeis der genannten Sozialistenführer zu bewundern. Und schließlich macht der junge Krieger die Entdeckung, daß es sich selbst in einer so „staatsgefährlichen“ Nachbarschaft ganz vorzüglich ruht, wie dem jungen Naame am Ende auch Gedanken darüber aufstiegen werden, warum er hier auf obrigkeitliche Anordnung gleichsam in der Gemeinschaft von Bebel ufm. seelenruhig schlummern darf, sonst aber die Sozialdemokraten bei Arreststrafe zu meiden hat.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Die beleidigte Polizei.** Genosse Fröhlich vom „Volksblatt“ für Halle wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung der Keilbrauer Polizei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Vorstehender des Gerichts war Ankläger Hoffmann, den unser Genosse als besangenen abgelehnt hatte.

**Ein Dresdener Urteil.** Der Anarchist Virtner wurde, weil er sich geweigert hatte, gemaltam photographiert zu werden, zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen verurteilt. Als Belastungszeugen traten die Schulleute auf, die ihn zwingen wollten, sich dieser Prozedur zu unterziehen.

**Sieben Monate unschuldig im Gefängnis.** Im vergangenen Jahre war der frühere Unteroffizier Paul Schmidt vom Landdepot in Altdamm wegen eines angeblich an der damals 13jährigen Helene Bogel begangenen Sittlichkeitsverbrechens vom Oberkriegsgericht zu sieben Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt worden, nachdem er anfangs vom Kriegsgericht freigesprochen worden war. Nach Verbüßung der Strafe in Spandau setzte Schmidt die Wiederaufnahme des Verfahrens durch, und es gelang ihm, den Nachweis zu führen, daß, wenn das Mädchen wirklich gemißbraucht worden war, er nicht der Täter sein konnte. Aber das Mädchen selbst war inzwischen hinfällig seiner Wahrheitsliebe Unvortheilhaftes bekannt geworden. Jetzt wurde nun Schmidt nach mehrtägiger Verhandlung vom Gericht der 3. Division freigesprochen und ihm auch eine seitens der preussischen Kontingentsverwaltung zu zahlende Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe zugestimmt.

**Nach 27 Jahren!** Wie so mancher Elßa-Bohringer hatte im Jahre 1880 ein junger Mann namens Alois Schott nicht Lust, sich beim preussischen Militär drillen zu lassen. Er zog es vor, nach Frankreich zu gehen. In das Staatsverbrechen, sich dem Militärdienst zu entziehen, deutet natürlich heute niemand mehr: so mag sich Schott gefügt haben, als er jetzt nach 27 Jahren als Familienvater und gereifter Mann in seine Heimat zurückkehrte. Aber wenn auch bei allen Menschen die Tat Schotts vergessen worden ist, die Militärbehörde hatte sie nicht vergessen. Sie verhaftete den armen Leufel und das Kriegsgericht in Hagen a. V. verurteilte ihn dieser Tage zu sechs Monaten Gefängnis und Verbüßung in die zweite Klasse des Soldatenbundes. — Nach 27 Jahren!







# Soziales und Parteileben.

**Fleischer-Verbandsstag.** Entsprechend dem Vorschlag der Statutenberatungskommission, der von Boy-Lübeck gemacht wird, wurde der Beitrag von 35 auf 50 Pfg. wöchentlich erhöht. Hierfür soll die Arbeitslosenunterstützung ab 1. Oktober 1908 eingeführt werden. Die Beitragsbefreiung tritt am 1. Januar 1908 in Kraft. 20 Prozent der Beiträge sollen an die Hauptkasse abgeführt werden. Der nächste Verbandsstag findet am 1. Oktober 1910 in Hannover statt. Von den sonstigen Vorschlägen sind von allgemeinem Interesse: Der Antrag Hamburg und Lübeck, die Beschaffung eines Nahrungsmittel-Industrieverbandes zu erstreben. Verbandsvorsitzender Hensel-Berlin erklärte hierzu, daß der Hauptvorstand bezüglich dieser Frage schon mit in Betracht kommenden Organisationen konferiert habe; man sei einen großen Schritt diesem Ziele näher gekommen. Der Hauptvorstand tue sein möglichstes, um die Gründung eines Nahrungsmittel-Industrieverbandes baldigst herbeizuführen. Die Verwaltungsstelle Lübeck beantragt, jeden Herbst ein bis zwei Kollegen an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen teilnehmen zu lassen. Dieser, sowie obiger Antrag werden dem Hauptvorstand überwiesen. — Die internationalen Beziehungen haben sich wesentlich gebessert. Die bisherigen Beamten wurden wiedergewählt. Nach Festsetzung der Gehälter und Diäten — 12 Mk. täglich außer Lohnentschädigung — wurde der Verbandsstag geschlossen.

**Gärtner-Generalversammlung.** Nach einem Referat über Organisation und Agitation wurden mehrere der Agitation dienende Anträge angenommen. Der Beitrag bleibt 35 Pfg., jedoch sollen Ortszuschläge erhoben werden. Jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren und Arbeiterinnen zahlen 25 Pfg. Bei den Beiträgen von 35 Pfg. kann der Hauptvorstand acht Wochen lang pro Jahr Extrabeiträge erheben. Als neue Unterstützung wird die Kranken- und Sterbeunterstützung eingeführt. Die Sterbeunterstützung tritt nach 5 Jahren Mitgliedschaft in Kraft, beträgt dann 50 Mk., nach 8 Jahren 75 Mk., nach 10 Jahren 100 Mk. Beim Todesfall der Ehefrau wird die Hälfte der Unterstützung gezahlt. Die Streikunterstützung wird nach einer Karenzzeit von drei Tagen vom vierten Tage ab gezahlt. Sie kann durch Ortszuschläge bis zu 12 Mk. für Lebende und 14 Mk. für Verheiratete und für Kinder auf 75 Pfg. erhöht werden. Die Diäten sind einheitlich auf 8 Mk. und Lohnentschädigung festzusetzen. Zur Maifeier fand folgende Resolution Annahme: Die Generalversammlung beschließt, den Mitgliedern nur dort eine allgemeine Arbeitsruhe zu empfehlen, wo dies ohne Schädigung der Beteiligten und der Organisation möglich ist. Die Organisation kann nach Lage der Verhältnisse Unterstützungen an die wegen Beteiligung an der Maifeier ausgesperrten Mitglieder nicht gewähren. — Die Generalversammlung soll fortan nur alle 3 Jahre stattfinden. Ein Streik kann nur mit 2/3 Majorität beschlossen werden. Die Generalkommission soll ersucht werden, die Landarbeiterfrage als besonderen Punkt auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zu behandeln. Nach Vornahme der Wahlen, bei denen der 1. und 2. Vorsitzende ihre Posten wechseln und bei denen ferner 7 anstatt, wie bisher, 5 Hauptvorstandsmitglieder gewählt wurden, erfolgte Schluß der Generalversammlung.

**Die fünfte internationale Gewerkschaftskonferenz** wird am 15. und 16. September in Christiania abgehalten werden. Vertreten werden die gewerkschaftlichen Landesorganisationen in Schweden, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Italien, Schweiz und Norwegen sein. Die Konferenz wird eine Reihe von Fragen, die die internationale Organisation betreffen, zu erledigen haben. Von Italien liegt ein Vorschlag vor, die Auswanderung durch die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung zu regulieren. Norwegen wünscht, daß die Organisation der Seeleute besprochen wird. Schweden hat angeregt, die Frage zu besprechen, inwieweit Vorbeugungsmaßnahmen gegen den Import von Streikbrechern zu schaffen sind. Deutschland will das Verbot der Anwendung von gesundheitsgefährlichen Stoffen in der Industrie in die Verhandlungen mit einbezogen wissen. Dänemark hat die Besprechung der Gegenseitigkeit zwischen den Organisationen der einzelnen Länder in Anregung gebracht.

**Vom Trade-Unions-Kongress.** Am Freitag nahm der Kongress einstimmig die Resolution an, in der verlangt wird, daß im nächsten Budget eine Alterspension von wöchentlich fünf Schilling für alle Sechzigjährigen vorgesehen werde. Das parlamentarische Bureau wurde angewiesen, in eine lebhafteste Agitation dafür einzutreten. Ebenfalls angenommen wurde die Resolution zugunsten der achtstündigen Arbeitszeit in Bergwerken und anderen Industriezweigen. Eine Resolution, welche das Prinzip der Anrufung eines Schiedsgerichts in gewerkschaftlichen Streitigkeiten ausspricht, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso verwarf der Kongress eine Resolution, die verlangt, daß die Streitigkeiten einem Vermittlungsausschuss unterbreitet werden sollen, bevor ein Streik erklärt würde. Sonabend wurde der Kongress nach Annahme einer Resolution geschlossen, durch die die Regierung aufgefordert wird, die Frage der Arbeitslosen dadurch zu regeln, daß sie unter Reorganisation der Industrie auf genossenschaftlicher Basis den Arbeitslosen dauernd Arbeit verschafft.

**Die Lohnbewegung im Niederlausitzer Braunkohlenrevier.** Nachdem die Unternehmer durch ihre Halsstarrigkeit die Empörung bis zur Siedehitze gesteigert, versuchen sie durch an die bürgerliche Presse versandte Majestätsbriefe die ganze Bewegung als „sozialdemokratische Mache“ den Behörden zu denunzieren. Vor allem sollen allein die Löhne im letzten Jahre um 18 Prozent gestiegen sein. Demgegenüber steht fest, daß einer unwesentlichen Lohnsteigerung eine ganz gewaltige Steigerung der Arbeitsleistung gegenübersteht! Der Handelskammerbericht von Cottbus zeigt über die Förderung in der Niederlausitzer Braunkohlen- und Zementindustrie folgendes Bild:

	Förderung in Hektolitern	Briketts in Tonnen	Arbeiterzahl
Im Jahre 1901	136 936 114	2 612 439	11 619
" " 1902	134 753 747	2 707 845	10 222
" " 1904	155 307 145	3 924 805	10 369
" " 1906	171 903 019	3 799 345	10 538

Von 1901 bis 1906 hat sich demnach die Förderung ganz wesentlich erhöht, während die Arbeiterzahl gesunken ist! Von 1901 bis 1906 vermehrten sich die Brikettfabriken um 1,6; die Förderung stieg um 10 und die Fabrikation von Briketts um 14,26 Prozent. Gegenüber der Behauptung, die Löhne betrügen pro Schicht 5 und 6 Mk., stellen die Vergleiche folgende Statistik auf: Die Löhne schwanken zwischen 4,50—3,40 Mk. auf Grube Verta, Görlitz 2,90—3,00 Mk., Ife 3,10—3,70 Mk., Mariannengrube 2,70—3,50 Mk., Alara-Welzow 3,00—3,30 Mk. Jugendliche Arbeiter 1,50—2,00 Mk. Weibliche Arbeiter 1,50 bis 1,90 Mk. Vorstehende Löhne beziehen sich auf die 12stündige Schicht. Daß die Unternehmer glänzende Geschäfte gemacht haben, beweisen folgende „Entbehrungslöhne“: Die Niederlausitzer Kohlenwerke verteilten bei einem Aktienkapital von 6 Millionen Mark 600 000 Mk. Dividende und schrieben 750 000 Mk. ab. Sie „verdienen“ also in einem Jahre

22 1/2 Proz. des Anlagekapitals. Die Dividende der Gesellschaft „Ife“, welche für das Revier maßgebend ist, stieg in den Jahren 1903—1906 um jährlich Hunderttausende, von 12 auf 18 Proz. Nebenbei erhielten die Aufsichtsräte 231 485 Mk. Lohntieme für ihre „Mühe“. Fest steht, daß die Löhne am niedrigsten sind, während die Gesellschaften in Gold schwimmen. Darum auch der Progenstandpunkt. Die für die Förderung in Frage kommenden Arbeiter sind gut organisiert und die Massen sehen dem Kampf mit Ruhe entgegen.

**Zur Lohnbewegung in der Badischen Amilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen.** Am Mittwoch fanden Verhandlungen zwischen dem Zentralvorstand und dem Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes, Genossen Regener, einerseits und dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Rechtsrat Dr. Müller, andererseits in Gegenwart des Regierungspräsidenten, der in der Angelegenheit der Lohnbewegung intervenieren wird, statt. Die Unterredung hat über eine Stunde gedauert. Die Fabrikleitung hat erklärt, sie erwäge, eine Lohnerhöhung von 7 Prozent eintreten zu lassen, wenn die Arbeiter — auf die Bergünstigung der Wohlfahrtseinrichtungen verzichten. Die Aufwendungen der Fabrik für diese Wohlfahrtseinrichtungen machen nämlich 7 Prozent der gesamten Lohnsumme aus. Diese Bedingung würde die Erfüllung der Arbeiterwünsche direkt illusorisch machen, wenn darauf eingegangen würde. Um dem Fortgang der Verhandlungen indes nicht hinderlich zu sein, hat man sich seitens des Fabrikarbeiterverbandes zu einer vorläufigen Erklärung insofern bereit erklärt, als man einer direkten Verhandlung der Fabrikleitung mit den Arbeitern, konform dem seinerzeit in der Fabrik angeschlagenen Akt, nichts in den Weg legen will.

**Der Hasenarbeiterstreik in Antwerpen.** Der „Vorwärts“ berichtet unterm 4. September aus Antwerpen: Der Wunsch der Unternehmer ist erfüllt: Seit gestern erfreut sich der Antwerpener Hafen militärischen Schutzes. Die Waffens, die am Dienstag nachmittag der Schauplatz von Straßenkämpfen waren, sind mit den Regimenten der Bürgergarde besetzt, herrliche Genarmen patrouillieren an den Kais und auch die Revolver der Polizisten, die am Dienstag schon ihre Schuldigkeit getan, sind in Bereitschaft, denn die Schutztruppe der Hasenkapitalisten — sie haben buchstäblich auch die Streikbrecher zu „bewachen“ — hat, wie mit geflüstelter Deutlichkeit fundgemacht wird, „strenge Vorschriften“. Nun ist aber folgendes zu sagen: Gewiß sind an den gestrigen blutigen Zusammenstößen mit den Polizisten Streikende beteiligt gewesen — zählt man doch bis jetzt offiziell 20 Verwundete unter ihnen — aber ebenso sicher ist, daß halbwüchsige Jungen von 14 bis 18 Jahren die Agents provocateurs gespielt haben, daß insbesondere von diesen das Inbrandstecken der mit Baumwollballen beladenen Wagen, das Anzünden von Baumwollschuppen, das Stürmen von Lastwagen und ähnliche Gewalttaten besorgt wurden. Sprechen doch selbst bürgerliche Blätter von „Gamin“, von Straßenjungen und von jenem Gesindel, das sich das ganze Jahr arbeitslos im Hafen herumtreibt. Die Beteiligung dieser Leute, so begreiflich sie auch genug aus eigenem Antrieb wäre, gibt aber auch noch zu Mutmaßungen aller Art Anlaß. Es sollte Militär her, und was durch die bisherige Haltung der Streikenden nicht möglich war, wurde möglich durch eine Horde Straßenjungen und verkommene Gesellen, die mit dem Streik nichts zu tun hatten. Man hat sich ja auch nicht gekümmert, gewisse Gerüchte in Umlauf zu setzen, um die Bevölkerung in Schrecken zu jagen und gegen die Streikenden vorzugehen, aber auch um die von den Unternehmern zum Schutze der Streikbrecher herbeigeschickte militärische Hilfe um so dringender erscheinen zu lassen. So hat man verbreitet, Streikende sollten die Villa des Führers der Unternehmer (Steinmann) stürmen; Streikende sollten die Petroleumreservoirs in Brand stecken! Auch sei der Polizist Verloopel an einer Verletzung durch einen von Streikenden geschleuderten Stein gestorben. All das erwies sich als leeres Gerücht — hinterher nämlich. Bei dem Zusammenstoß der Streikenden mit den Polizisten auf dem Plage Schoonbeek am sogenannten alten Bassin schossen die Polizisten in die Menge, nachdem sie mit dem Säbel in der Hand schon vorher alle Künste des „Chargierens“ hatten spielen lassen. Daß es in der aufgeregten, in einer gefährlichen Straßenzugung zusammengedrängten Menge, über deren Köpfe die Säbel blühten, auch zu Steinwürfen gegen die Polizisten kam, wird keine Menschenseele wundern können. Auch später, als die Menge von 3—4000 Streikenden nach dem Canal de l'ancree zog, schossen die Polizisten, die mittlerweile Verstärkung bekommen hatten, in dem Augenblick, als ein vorüberziehender Heumagen von Jungen in Brand gesteckt wurde. Bei diesem Zusammenstoß wurde auch ein Kind von 10 Jahren verwundet. Während des weiteren Kampfes wurden noch eine Frau und etliche Kinder verletzt. — Auch im Laufe des folgenden Vormittags kam es noch zu ersten Zusammenstößen. Die wenigen Schiffe, auf denen gearbeitet wird, sind von einem Regiment der Bürgergarde bewacht. Unter den massenhaft umhergehenden Streikenden sind viele Frauen, die das Spottlied auf die Streikbrecher singen. Gestern ist der Präsident der Unternehmervereinigung vom Arbeitsminister zu sich berufen worden, um ihn über die Situation zu belehren. Der „Arbeitsminister“ erinnert sich etwas spät, daß eine Intervention in einem derartigen Streik auch ein wenig zu seinem Ressort gehört. Aber der Minister soll auch schon wieder erklärt haben, daß er keinen Grund habe, einzugreifen. Wohl gemerkt, nach dem Gespräch mit dem Unternehmerführer. Der heutige „Soir“ bemerkt ausdrücklich, daß die gestrigen Brandlegungen und Ausraubungen von Wagen von Kindern ausgeübt wurden, während die Polizisten gegen die Streikenden „chargierten“. In der heute von 3000 Streikenden besuchten Versammlung protestierten die Führer dagegen, daß man den Streikenden die Verantwortung für die gestrigen Vorfälle aufbürden wolle. Die Streikenden werden die Bevölkerung, die ihnen unentwegt ihre Sympathie zuwendet, über den wahren Sachverhalt und die wahren Schuldigen aufklären und zu dem Zweck Plakate anschlagen lassen. Der Generalkrat der belgischen Partei hat an das ganze Land einen Aufruf gerichtet, durch Zumdung von Mitteln den schweren und gerechten Kampf der Hasenarbeiter zu unterstützen. Es verlangt, daß der Bürgermeister einen neuen Vorschlag zur Lösung des Konfliktes machen will, nach welchem die Streikenden zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden, wogegen die Unternehmer in 3 oder 4 Monaten die Löhne aufbessern sollten. Für heute nacht sind zur Bewachung der Petroleumreservoirs und Holzdepots drei Infanterieregimenter angeordnet. Will man aber eine wirkliche „Lösung“, dann genügt das Militär allein nicht; das werden die Herren Unternehmer auch halb merken und hoffentlich danach handeln. In einem Meeting protestierten Donnerstag mittag die Streikenden lebhaft gegen die Anschuldigung, daß von seiten der Ausschüßigen die Holzlager in Brand gesteckt worden seien. Die Feuersbrunst in der Polver dauerte von Mittwoch abend um 5 Uhr bis Donnerstag mittag. Wegen der Lager von Baumwolle, Holz, dem Sand und der Wasserfahrzeuge war große Gefahr. Die Antwerpener, Genet und Brüsseler Feuerwehr griff ein, bis das Feuer endlich fast besiegt war. Der Schaden beträgt

etwa vier Millionen. Militär ist konfigniert. Am Hafen halten drei Bataillone Militär, Polizei und Bürgergarde die Ordnung aufrecht. Die Stadt ist von Menschen überflutet. Drei Brandstifter sind verhaftet. 60 Genarmen sind angekommen. 650 englische Streikbrecher wurden von der Bürgerwehr bewacht nach Schiffen der Red-Stare-Linie gebracht. Viele Engländer sind abgereist. Die Unternehmerversammlung am Donnerstag hat den Bürgermeister vorschlag wieder abgelehnt. Auf dem Meeting Masika, das von 4000 Arbeitern besucht war, erklärte Chappelle, daß Terwagne 40 000 Frks. Hilfe versprochen habe.

**Eine amüsante Einquartierungs-geschichte.** Die Militär- und Zivilbehörden sind, besonders im schönen Dreiklassen-Sachsen, in der Regel eifrig bestrebt, durch rücksichtslose Boykottierung von Gastwirten und Geschäftsleuten, bei denen Sozialdemokraten verkehren, zu verhindern, daß die Mitglieder der bewaffneten Macht mit „Umstürzern“ in nähere Berührung kommen. Die herrschenden Gewalten scheinen für die Marschierer nicht geringe Befürchtungen zu hegen. Allerdings werden die behördlichen Boykotts auch aus politisch-pekuniären Erwägungen heraus verhängt; man bildet sich ein, die Sozialdemokratie damit bekämpfen zu können. Es gibt nun aber auch sowohl für die Zivil- wie für die Militärbehörden Situationen, in denen sie mit den verhassten „Roten“ gewissermaßen paktieren; z. B. zur Zeit der Manöver, wenn die bewaffnete Macht in Bürgerquartieren untergebracht werden muß. Es gäbe allerdings auch da einen Ausweg, wenn die Behörden sich entschließen würden, nur den königstreuen Bürgern Einquartierung zu geben; die Sozialdemokraten also auch bei solchen Anlässen strikte zu boykottieren. Doch — in solchen Fällen können die Behörden auch anders. Man läßt da die braven Vaterlandsverteidiger — vielleicht mit Zittern und Zagen — bei den „Umstürzern“ einmarschieren. Die schrecklichen „Gefahren“, die sonst angeblich bei einem Verkehr zwischen Sozialdemokraten und Soldaten drohen, bestehen im Falle der Einquartierung anscheinend nicht, sie treten erst nachher wieder auf, wie sie auch vorher bestanden haben sollen. So wurde dieser Tage der Genosse Maxen in Wurzen mit der Bekanntgabe überrascht, daß auch bei ihm, einem waschechten „Umstürzler“, Soldaten zur Einquartierung kommen werden. Genosse Maxen als loyaler Untertan glaubte, daß der Behörde ein Versehen unterlaufen sein muß, weshalb er sie auf die Gefahren aufmerksam machte, die den bei ihm einquartierenden Soldaten eventuell drohen können. Er tat das durch diesen an den Stadtrat gerichteten Brief:

Laut einer Mitteilung des Stadtrats zu Wurzen wird dem Unterzeichneten bekannt gegeben, vom 1. bis 6. September 07 Einquartierung nehmen zu müssen. Ich habe hierauf dem Stadtrat mitzuteilen, daß ich dem Soldaten nur ein Zimmer als Wohnraum zur Verfügung stellen kann, welches mit den Bildern von Bebel, Liebknecht, Marx und Lassalle geschmückt und mit sozialdemokratischer Literatur und republikanischen Abzeichen versehen ist. Um nun meinerseits nicht die Disziplin, ebenso auch die staatliche Autorität zu gefährden, fühle ich mich verpflichtet, obige Tatsachen dem Stadtrat mitzuteilen.

Unsere Leser werden nun sicherlich der Meinung sein, daß der Wurzner Stadtrat schleunigst die Einquartierung bei dem Genossen Maxen zurückgezogen hat. Weit gefehlt, wie dieses stadträtliche Schreiben beweist:

Auf Ihre kürzliche Mitteilung wird Ihnen erwidert, daß der Stadtrat nicht in der Lage ist, Sie von der Einquartierungspflicht zu befreien. Es empfiehlt sich, die Bilder sozialdemokratischer Führer, welche in dem für den einzuquartierenden Soldaten bestimmten Zimmer sich befinden, für die Dauer der Einquartierung zu entfernen.

Herr Dr. Seegen ist erster Bürgermeister in Wurzen und außerdem konservativer Landtagsabgeordneter. Der wohlgemeinte Ratsschlag des Bürgermeisters, unser Genosse soll die „gefährlichen“ Bilder entfernen, hat ein ungeheures Gelächter ausgelöst. Befolgt wird natürlich der Ratsschlag nicht werden; so daß der wackere Musikant nun die schönste Gelegenheit hat, allabendlich, wenn er sich müde ins Bett legt, oder früh morgens, wenn er sich in die kriegerische Rüstung wirft, die Kontersel der genannten Sozialistenführer zu bewundern. Und schließlich macht der junge Krieger die Entdeckung, daß es sich selbst in einer so „katastrophalen“ Nachbarschaft ganz vorzüglich ruht, wie dem jungen Manne am Ende auch Gedanken darüber aufsteigen werden, warum er hier auf obrigkeitliche Anordnung gleichsam in der Gemeinschaft von Bebel um, leelenruhig schlummern darf, sonst aber die Sozialdemokraten bei Arreststrafe zu meiden hat.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Die beleidigte Polizei.** Genosse Fröhlich vom „Volksblatt“ für Halle wurde vom Schöffengericht wegen Beleidigung der Kelbraer Polizei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Vorsitzender des Gerichts war Amtsrichter Hoffmann, den unter Genosse als befangen abgelehnt hatte.

**Ein Breslauer Urteil.** Der Anarchist Dittner wurde, weil er sich geweigert hatte, gewaltsam photographiert zu werden, zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen verurteilt. Als Belastungszeugen traten die Schulleute auf, die ihn zwingen wollten, sich dieser Prozedur zu unterziehen.

**Sieben Monate unschuldig im Gefängnis.** Im vergangenen Jahre war der frühere Unteroffizier Paul Schmidt vom Traindepot in Altdamm wegen eines angeblich an der damals 13jährigen Helene Vogel begangenen Sittlichkeitsverbrechens vom Oberkriegsgericht zu sieben Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt worden, nachdem er anfangs vom Kriegsgericht freigesprochen worden war. Nach Verbüßung der Strafe in Spandau setzte Schmidt die Wiederaufnahme des Verfahrens durch, und es gelang ihm, den Nachweis zu führen, daß, wenn das Mädchen wirklich gemißbraucht worden war, er nicht der Täter sein konnte. Über das Mädchen selbst war inzwischen hinsichtlich seiner Wahrheitsliebe Unvortheilhaftes bekannt geworden. Jetzt wurde nun Schmidt nach mehrjähriger Verhandlung vom Gericht der 3. Division freigesprochen und ihm auch eine seitens der preussischen Kontingentsverwaltung zu zahlende Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe zugesprochen.

**Nach 27 Jahren!** Wie so mancher „Schlag-Lothringer“ hatte im Jahre 1880 ein junger Mann namens Alois Schott nicht Lust, sich beim preussischen Militär drillen zu lassen. Er zog es vor, nach Frankreich zu gehen. An das Staatsverbrechen, sich dem Militärdienst zu entziehen, denkt natürlich heute niemand mehr; so mag sich Schott gefügt haben, als er jetzt nach 27 Jahren als Familienvater und gereifter Mann in seine Heimat zurückkehrte. Aber wenn auch bei allen Menschen die That Schotts vergessen worden ist, die Militärbehörde hatte sie nicht vergessen. Sie verhaftete den armen Teufel und das Kriegsgericht in Pagen an verurteilte ihn dieser Tage zu sechs Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. — Nach 27 Jahren!



